INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Nr.122



Bei Kriegsausbruch am Golf:
Am gleichen Tag, 20 Uhr,
BREITSCHEIDPLATZ

8.November 1990

VORWORT:

Eigentlich überlegten wir an einem rückblickenden Titelbild zur Demo am 3.11., allerdings kamen die, die da waren mit einem Katzenjammer über die Radikale Linke und ihre Funktionalisierung als Fußvolk zurück, so daß wir dieses unerfreuliche Kapitel besser beenden, wenngleich wir auch zwei Redebeiträge sowie zwei Demoberichte dazu im Heft haben. Die Thematik die wir jetzt als Titelbild haben, ist zwar gewiß nicht erfreulicher, aber bildet vielleicht einen Kontrapunkt zu der Metropolenzentriertheit des letzten Wochenendes. Es würde immerhin für einen aktiven "Lernprozeß" sprechen, wenn auf der Spontandemo dann auch mindestens 8 000 kämen, aber wir hoffen das sich dieser Lernprozeß anderst äußern kann und diese Demo nicht nötig wird.
Ein paar Bemerkungen zum Anschlag auf ein paar BW-IKW's können wir uns als verantwortliche VorwortschreiberInnen nicht verkneifen: leider fällt dieses Bekanntmachungsschreiben hier vieles zurück was wir bisher an Positionen zum Golfkrieg veröffentlicht haben. Sich nur gegen die imperialistischen Truppen zu wenden, als scheinbar alleinigen Feind die USA und WEST!-Europa festzustellen, die Diktatur Saddam Husseins wird im Nebensatz erwähnt und fällt ansonsten untern Tisch, weil sie wohl nicht so recht ins Weltbild des bösen West-Imperialismus gegen den Trikont paßt. Dieser Glättung ist wohl auch der Satz:"die entwicklung am golf bestimmt das internationale kräfteverhältnis zwischen imperialismus und befreiung, so oder so", zu verdanken, wo es dann unserer Interpretation überlassen bleibt, wen oder was ihr in diesem Konflikt unter Befreiung versteht. Schade, manchmal wäre es vielleicht besser sich auf eine Thematik richtig einzulassen, anstatt einen Rundumschlag zu machen, aus dem dann unter Anderem recht gewagte Kurven hin zur Zuasmmenlegungsforderung entstehen.
Kurz ein paar Technix: im Ordner müßte es ein Inhaltsverzeichnis der Nummern 1-100 geben; nach alten Artikeln fragt bitte im nächsten Infoladen und kopert sie euch dort und fragt nicht uns; und ein herzliches Danke für die Spende aus der Schweiz. A-pro-pos Spende: Schockolade haben wir auch schon mindestens eine Woche nicht mehr gekriegt! Also unsere Adresse wie üblich:

inhalt

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner
Flugi des Initiatvkreises für den Erhalt der Hafenstr.
Text zur Lage kurdischer und türkischer StudentInnen in der Türkei
Presseerklärung zum Bleiberecht der Roma
Resolution zur Gründung des 'Parlaments der Roma in Europa'

WEIT WEG - DA UNTEN AM GOLF....

In den letzten Tagen vermehren sich die Anzeichen, daß es wohl keine friedliche Lösung in der "Golfkrise geben wird, d.h. es ist (bald?) mit Krieg am Golf zu rechnen. Es stellt sich die Frage: warum verhalten wir hier uns kaum dazu?
Für den Tag des Kriegsausbruchs ist eine SPONTANDEMO UM 20 UHR AM BREITSCHEIDPLATZ angekündigt. Viel ist das wirklich nicht, aber es bleibt zu hoffen, daß darüber die bisher recht schleppende Mobilisierung in die Gänge kommt und weitere Initiativen folgen.

So soll dieser Beitrag die bislang dürftige Diskussion anschieben und ist von daher nur bedingt "gebrauchsfähig". Die Schwierigkeiten und Probleme, die schließlich Gründe für das Nicht-Verhalten der linken/autonomen Szene sind, werden nur angesprochen, ohne aus der daraus folgenden Zerissenheit einen sicheren Ausgang zu bieten. Folglich ist auch der recht moralische Apell an die Szene mangels anderer, griffigerer Mobilisierung quasi der Notausgang.
Während sich in anderen Ländern eine politische Bewegung gegen den Krieg am Golf bildet, die in den USA sogar mit der damaligen Vietnambewegung verglichen wird,es gab in ca. 20 Städten Demos mit über 10 000 Menschen, scheint die Szene hier im Anti-Deutschen-Dornröschenschlaf zu versinken. Zugegeben, der Weg der Solidarität ist in dem Fall reichlich verschlungen und abweichend von unseren früheren Solidaritätsschemata: keine revolutionäre Befreiungsbewegung, keine revoltierenden Menschen bestimmen hier den Kampf(-ablauf), aber es geht genau um sie, wenn wir sagen: "Krieg dem Krieg"; Krieg der Diktatur Saddam Husseins und Krieg den Feldzügen des Imperialismus.
Diese Parole drückt aber zugleich unsere Schwierigkeiten einer Positionsbestimmung darin aus; zwar geht der Konflikt Nord gegen Süd, Metropolenmächte gegen Trikont, aber wir können uns auf keine dieser beiden Seiten stellen. Denn das, was Süd in diesem Konflikt darstellt, die Diktatur Husseins, ist für uns genausowenig erhaltenswert wie die Metropolenmächte, allen voran die USA, als Weltpolizisten, wie das (ehemalige) Marionettenregime in Kuwait, wie...
Aktuell geht es um das pure Überleben der Menschen in der Golfregion, es geht um das Existenzrecht der PalästinenserInnen und der KurdInnen, die im Falle eines Kriegsausbruchs an erster Stelle der Betroffenen stehen werden, bzw. schon bei den Truppenaufmärschen jetzt die Leidtragenden sind, und um das Überleben all der anderen Menschen in der Golfregion, deren Stimmen wir aufgrund des lauten Säbelrasseln's zwar nicht hören, die uns dann aber hier auf der Straße als Flüchtlinge wiederbegegnen.
Erst wenn sich die Menschen dort aktiv (nicht nur) gegen die Kriegstreiberei, sowohl die der Metropolenmächte, als auch die "Eigene" wehren, ergibt sich für uns die Möglichkeit dort positive Bezugspunkte aufzuspüren. Bis jetzt bleibt es allein bei der Position: Krieg dem Krieg am Golf. So scheint die fehlende politisch weiterweisende Bestimmtheit, die sich auch darin ausdrückt eben kein revolutionäres Subjekt zu haben, für das wir uns stark machen können, für viele der Hemmschuh zu sein, sich zur Golfkrise zu verhalten. Sicher ist es politisch nicht sehr zugkräftig in erster Linie aufgrund moralischer oder humanistischer Argumente aktiv zu werden und ebenso sicher laufen wir ständig Gefahr, daß unser Verhalten als Parteinahme für die eine oder andere Seite interpretiert werden kann, aber diese Knackpunkte lassen sich genauso sicher <u>nicht</u> durch NICHT-VERAHLTEN aufbrechen.
Auch wenn sich der starke Widerstand in den USA darüber erklärt, daß 100-tausende von Amis am Golf im Einsatz sind und Milliarden Dollar in diese Machtprobe gesteckt werden (während im eigenen Land das soziale Elend kraß zunimmt), erklärt das nicht die Tiefschlafphase hier. Als ob sich eine Kriegsbeteiligung nur in der Nationalität der Soldaten äußern würde - überhaupt ein gefährlicher Links-Nationalismus, bei dem eine Betroffenheit eher vorhanden wäre, wenn'unsere Jungs' da unten verheizt würden. Abgesehen davon, daß -nicht nur- vom Rhein-Main-Gebiet (Airbase) ständig Soldaten und Kriegsmaterial zum Einsatz an den Golf geflogen werden, hat sich schon längst die Bundeswehr mit Unterstützungsflügen beteiligt, sind Bundeswehreinheiten im Krisenrandgebiet stationiert, ist die Finanzierung der Söldnerheere international. Die Beteiligung der "deutschen" (Rüstungs-)Industrie an früheren Kriegen im 'Nahen Osten', wie auch jetzt aktuell (vom Funkgerät bis zur Kanonenfabrik), dürfte wohl auch hinreichend bekannt sein, aber anscheinend kein Grund dagegen anzugehen? Europa und besonderst die BRD als Kriegsversorgungszentrum stehen nicht erst in weiter Ferne auf dem Plan, Daimler Benz mit MBB und AEG sind in dem Zusammenhang bekannte Namen. Es kann nicht allein darum gehen, daß sich Daimler aus dem Rüstungsgeschäft zurückzieht und dann finden wir alle den Konzern ganz prima und brechen nie wieder Benz-Sterne ab (in diese Richtung scheint die derzeitige Grünen-Initiative zu gehen), aber der Ansatz ist richtig: gerade hier die anzugreifen, die sich an den Kriegen im Golf goldene Nasen verdient haben und die so heute doppelt verantwortlich für den kommenden Krieg im Golf sind.
Das ist praktische Solidarität die wir hier leisten können -
Gegen den Krieg am Golf

ZUR DEMO AM 3.11:

Wut, das ist das erste was uns zu dieser Demo einfällt. Wut darüber wie die sogenannte"Radikale Linke" 15ooo Menschen verarscht. Angefangen damit wie diese Demo hier in Berlin zustande kam. BerlinnerInnen haben auf jeden Fall nicht über diesen Demoort mitentschieden. Und die Berliner Szene wurde auch weder 'gefragt' noch informiert. Ihr Ebermänner, Stratmanns und wie ihr alle heißt, ihr konntet bei euren Grünen vielleicht bestimmen was passiert, aber nicht bei uns. Fehler von uns war, das uns nicht schon in den letzten Wochen gegen diese Art Politik zu machen gewehrt haben, wohl auch, weil wir die Demo von den Inhalten richtig fanden. Noch viel schlimmer finden wir die Abänderung der Demoroute. Warum kündigt ihr groß an, die Demo würde durch das Scheunenviertel an der jüdischen Synagoge vorbeigehen, um damit an die Reichskristallnacht und den heute wieder zunehmenden Antisemitismus zu erinnern. Und dann entscheidet ihr euch plötzlich anders, weil angeblich Bullenprovos bevorstünden. Die Behauptung, die Bullen würden uns nicht in die Spandauerstrasse einbiegen lassen ist falsch, denn die Wannen vor dem Demozug waren selber schon in die Spandauer eingebogen und die Strasse war offen. Außerdem war die Route durch das Scheunenviertel genehmigt worden. Und das erst während der Demo angeblich Infos durchsickern, das die Bullen provozieren wollen, ist ja wohl ein Witz. Auf beiden VV's in den Tagen davor, wurde schon darüber diskutiert, daß vor allem vor der Synagoge Provos erwartet werden und es dort auf kekne Fall zu einer Auseinanderzetzung kommen darf. Ihr habt es also schon vor Tagen gewußt! Und ihr nennt das auf der Demo auch noch "eine spontane, politische Entscheidung". Fazit für uns ist, daß die "Radikale Linke" für uns endgültig gestorben ist und hoffentlich für viele andere auch. Es wird auch weiter nichts anders bleiben, als ein Profilierungsprojekt einiger Promis, die versuchen die Autonomen für sich zu gewinnen. Ohne uns!

Einige Autonome

Gemeinsam sind wir unausstehlich

Trotz Wegbleibens bzw. Desinteresse der organisierten (west)berliner Autonomen war auf der Demo zahlreichst dunkle Kleidung, Palästinensertücher, Kapuzen und dunkle Mützen vertreten. Dies deutete darauf hin, daß die Masse der DemonstrationsteilnehmerInnen doch mehrheitlich sich als mehr oder weniger autonom bezeichnende Menschen waren. Viele GenossInnen aus Westdeutschland darunter. Und eben auch viele unorganisierte BerlinerInnen aus beiden Teilen dieser Stadt. Alle anderen aufrufenden Gruppen waren zumindest nicht als auffällige größere Blöcke vertreten. Vom äußeren Erscheinungsbild her also nicht so verschieden wie z. B. die 1. Mai-Demos der letzten Jahre.

Woher kommt dieser eigentümliche Gegensatz? Polemisch könnte das heißen, daß die autonomen OrganisiererInnen hier in der Stadt in einem Konkurrenzverhältnis zu den OrganisatorInnen dieser Demo stehen. Sie (Autonome) wollen die einzig richtig Linksradikalen dieser Stadt sein. Denn inhaltlich ist dieses Desinteresse ersteinmal nicht zu erklären. Es gab schon Demos mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung von uns (9. November 88), die BündnispartnerInnen stimmten in etwa, die Kundgebungsreden hätten auch auf "unseren" Demos so gehalten werden können. Ansonsten wurde eher ziemlich kleinlich an bestimmten Teilen rumgemäkelt (z. B. wegen am Brandenburger Tor vorbeilaufen).

Der Unterschied waren ja wohl vor allem die Personen, die diese Demo vorgeschlagen und zum Teil vorbereitet haben. Die Radikale Linke auf ihrem Kongreß in Köln also, gegen die es vielerlei Vorbehalte und Ablehnungen hier gibt (die ich nur zu einem Teil auch habe). Aber: An einer Aktion wie einer größeren Demo sind doch bitteschön persönliche bzw. an bestimmten Personen festgemachte Differenzen von inhaltlichen Unterschieden zu trennen. Weder ist Thomas Ebermann an diesem Tag unangenehm aufgefallen, weil er vielleicht ne Partei gründen wollte, noch hat die "PDS uns für ihren Wahlkampf mißbraucht" (Interim-Vorwort vor ein paar Monaten), was alles auch vor Sonnabend schon ersichtlich war. Klar haben sie ihre parteipolitische oder parlamentarische Vergangenheit bzw. Zukunft am 3. 11. nicht

aufgearbeitet oder abgelegt, auch noch kein Schaufenster eingeworfen, aber insgesamt war doch die politische Zielsetzung dieses Tages recht eindeutig, wo sich auch alle teilnehmenden untergeordnet haben.

Andererseits gibt es auch Kritik an der Demo, wie sie dann gelaufen ist: Auftaktkundgebung zu lange, was kaum jemand wußte. (Nächstes Mal könnt ihr als Anfangszeit schreiben: Auftakt 12 Uhr, Demo 13.30 Uhr!) Das führte dann zu einem langsamen Ermüden beim Laufen, wo niemand was gegen die Frechheit mehr machen wollte, eine genehmigte Demoroute während des Laufens einfach zu verbieten. Diese eigenwillige sogenannte politische Begründung der Demoleitung für das Geradeaus-Laufen dann hat mich jedenfalls sehr geärgert. Überhaupt war die Stimmung aus dem ersten Lautsprecherwagen und bei der Schlußkundgebung übertrieben ängstlich. Gegen so ein Verbot und die zahlreichen Festnahmen (zwischen 50 und über 80, laut Tagesspitzel) können wir auch ein bißchen kraftvoller agieren.

Im Fernsehen und in den Zeitungen fand ich es dann doch sehr angenehm, nicht nach irgendwelchen prügelnden oder toten Faschos zu kommen mit einem Kommentar, wie die armen Demokraten gegen den Terror der Rechts- und Linksextremisten zusammenstehen müssen. Und positiv war auch, daß eigentlich recht oft (öfter als sonst) auf die Inhalte dieser Aktion eingegangen wurde, der Tagesspitzel sogar versuchte, dem Aufruf inhaltlich zu widersprechen und in die Nähe von Straftatbeständen zu rücken.

REDEBEITRÄGE ZUR 3.11. DEMO

GenossInnen und Genossen, Antifaschisten und AntifaschistInnen!

Wir sind von der Vorbereitung der Demonstration am 3. Oktober in Berlin, "Deutschland, halt's Maul, gegen Rassismus und deutschen Größenwahn" hier. An der Vorbereitung der heutigen Demonstration haben wir nicht teilgenommen.

Wir reden jetzt hier, weil wir zu der, durch die politische Führung der Polizei inszenierten bundesweiten Fahndung gegen einen Demonstranten we en angeblichen Mordversuchs Stellung nehmen wollen. Andere Wege zur Herstellung von Öffentlichkeit blieben uns von den herrschenden Medien verwehrt.

Am 3. Oktober hatten mehr als 15.000 Menschen den Mut, mitten in Berlin am Tage des Anschlußes der DDR gegen die neue imperialistische Weltmacht BRD zu demonstrieren.
An diesem Tag wollten die Herrschenden den Sieg im kalten Krieg gegen die DDR vor der We töffentlichkeit feiern, natürlich ungestört.
Es ist ihnen nicht gelungen, wie das Echo in der internationalen, nicht in der deutschen Presse auf unsere Aktionen zeigte;
d nn, es gibt historische Sit ationen, die die Menschen entschloßen auf die Straße treibt. Und dieser Entschloßenheit, die stärker als die Angst war, ist es zu verdanken, daß diese Demonstration trotz gezielter Knüppelangriffe und anderer Provokationen durch die Bullen, geschloßen ihr Ziel erreichte.

Offensichtlich gibt es hier in Berlin zigtausende Frauen und Männer, Deutsche und Nichtdeutsche, die die Schnauze voll haben, die ihren Protest auf die Straße tragen GEGEN den Alltag unter dem Diktat des Kapitals, GEGEN die willkürliche Zusammenführung der Menschen in Ost und West mithilfe der Schürung nationalistischer und rassistischer Wahnvorstellungen.

Nach wüßten Schlagstockeinsätzen durch sog. Sondereinsatzkommandos der Polizei und des Bundesgrenzschutzes schlug der Protest in Widerstand um. Am Alexanderplatz entwickelten sich Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der erstmals in Ostberlin eingesetzten Westpolizei. Daran beteiligten sich auch viele FestbesucherInnen aus Empörung über die brutalen Auswüchse dieses regelrechten Polizeieinmarsches.

Und genau dieser Effekt der breiten Solidarisierung von DDR-BürgerInnen, dieses Bündnis der Straße muß den Herrschenden kalte Füße gemacht haben, wollen sie doch schließlich ihre Hauptstadt- un Metropolenvorstellungen d ‿hsetzen.
Negative Schlagzeilen zur Vereinigungsfeier in der Weltpresse? Mit Farbeiern auf'm Benz zum Staatsempfang? Stinkbomben im Reichstag? selbstbestiummte Straßenfeste statt olympischer Spiele?
Das kann ihnen blühen! Wir werden das Kuckucksei im Nest der zukünftigen Hauptstadt Großdeutschlands sein.

Doch nun zu dem Konstrukt des angeblichen Mordversuchs an einer Polizistin:

Mehr als eine Woche später- solange muß die politische Führung der Bullen wohl ihre Köpfe angestrengt haben- wird dann der Öffentlichkeit eine Geschichte präsentiert. Eine PolizistIn soll angeblich von einem DemonstranTen mit einer Eisenstange geschlagen worden sein. Gefilmt und später medie mäßig aufbereitet wird das Ganze dann von einer ,der auf dem Alexanderplatz überall präsenten Stasikameras, auf der nur schemenhaft Personen zu erkennen sind. Zwei Tage später wird ein gestochen scharfe Pressefoto präsentiert, das einen offensichtlich unbewaffneten jungen Mann zeigt. Er soll der Täter gewesen sein. Die geschlagene Polizistin begibt sich später in ambulante ärztliche Behandlung, wobei ein paar Prellmarken festgestellt werden. Ein paar ärztlich verordnete Kopfschmerztabletten retteten glücklicherweise ihr Leben.

Das Ganze wird als Mordversuch ausgelegt, d r Mann auf dem Foto soll der Täter sein. Es wird ein Kopfgeld ausgesetzt. Ein paar Tage später wird die bundesweite Fahndung eröffnet. 25.000 Plakate mit dem Gesicht dieses Demonstranten werden in Kürze in jedem öffentlichen Gebäude hängen. Die etwa 120 Verhafteten an diesem Tage erhalten Zeugenvorladungen durch die Bullen. Sie sollen unter Druck gesetzt werden, haben sie doch Strafverfahren am Hals.

Di se Fahndung wegen angeblichen Mordversuchs, dieses Konstrukt erscheint lächerlich, doch sollen damit, und das ist ernst, folgende politische Ziele verfolgt werden: den Widerstand zu spalten in einen integrationsfähigen Teil und einen militanten Kern. Dieser soll von der Bevölkerung und den SympathisantInnen isoliert werden, um dann vernichtet werden zu können.

Als erstes soll offensichtlich eine Akzeptanz in der DDR- Bevölkerung für solche brutalen Polizeieinsätze geschaffen werden. Das Zerrbild von uns Autonomen soll dafür herhalten. Wir seien skrupellos und brutal, hätten außer der Verbreitung von Chaos und Gewalt keine politischen Inhalte und seien im übrigen eine Bande potentieller Mörder. Die uniformierte, behelmte, gepanzerte, bisweilen tödliche, mörderische Gewalt des Staates soll bei diesem Schreckgemälde vergess.. werden. Damit sollen die tausenden bei Demonstrationen verletzten Menschen vergeße emacht werden, die mißhandelten und auch die durch die BRD- Polizei bei Demonstrationen ermordeten, wie Phillip Müller, Benno Ohnesorg, Günter Sare, Klaus Jürgen Rattay oder Conny Wißmann!
Und auch die Betroffenen der staatlichen Repression des 3. Oktobers sollen vergeßen gemacht werden. Etwa 200- 300 verletzte, 120 Strafverfahren, 6 Leute die noch im Knast sitzen und mit Haftstrafen zu rechnen haben.

Als zweites richtet sich die Fahndung gegen die sympathisierenden und an den Auseinandersetzungen teilnehmenden BürgerInnen. Sie sollen davor zurückschrecken, mit wem sie da zusammen gekämpft haben, den b e r ü c h tigten Autonomen. Das Sc ema ist alt und leider oft wirkungsvoll. Militante AntifaschistInnen=Chaoten, Hafenstraße= RAF, StarbahngegnerInnen= Mörder. Die verbleibenden Kerne an Widerstand können dann militärisch beseitigt werden. Und an die Linken in der PDS: Euch wird das gleiche Schicksal blühen. DAß Ihr jetzt noch einmal in den Bundestag einziehen dürft, ist Kalkül, noch werdet ihr gebraucht, man will Euch erst in 4 Jahren auf dem Altar der freiheitlich demokratischen Grundordnung opfern. Solange sollt Ihr noch integrative Grenzträger staatlicher Macht im Gebiet der ehemaligen DDR sein.

Als drittes ist mit dieser Fahndung die militante Linke selber gemeint. Gegen jede nd jeden von uns, die zu bestimmten Anläßen nun mal nicht ungeschützt demonstrieren gehen, wird hier gefahndet. Mithilfe des Kopfgeldes und der Zeugenvorladungen soll das Denunziantentum gefördert werden. Die Fahndung kann darüberhinaus den rechtlichen Rahmen bilden für willkürliche Hausdurchsuchungen unter eben diesem Vorwand, zu willkürlichen Verhaftungen, Beugehaft, vielleicht sogar mit dem Ziel in unserer Szene so aufzuräumen wie nach den Schüßen an der Starbahn in Frankfurt.

Doch Bangemachen gilt nicht. Anna und Arthur haltens Maul, Keine Aussagen bei Bullen und Justiz!
Der hier gejagt wird und die hier verfolgt werden, brauchen unsere und Eure Solidarität!
Entlarvt dieses Konstrukt in der Öffentlichkeit Eurer Medien!
Liebe AusländerInnen, liebe TürkInnen, KurdInnen, PalästinenserInnen, TamilInnen, PolInnen, Sinti Roma, osteuropäische JüdInnen. Kommt alle hierher, wir brauchen Euch!
Wir laßen uns hier nicht vertreiben, unser Widerstand wird weitergehen!

Redebeitrag auf der Auftaktkundgebung zur Demo am 3.11. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" von D.Dessylas, EG-Abgeordneter/Griechenland, im Namen der Neuen linken Strömung (N.A.P.)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

in diesen Tagen, in denen sich ganz Europa und die Sowjetunion Gorbatschows vor der deutschen Supermacht unterwürfig verbeugen, braucht man viel Mut und Entschlossenheit, um sich dem Zeitgeist entgegenzustellen; so wie Ihr das hier tut, ausgerechnet in Berlin, im Herzen des aufkommenden Vierten Reiches.
Es ist eine Tragödie für die Menschheit, zu sehen, daß die Träume von Hitler über die deutsche Vorherrschaft in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, mehr denn je Wirklichkeit werden. Sicher mit anderen Mitteln, zumindest zur Zeit. Griechenland ist eines derjenigen Länder, die einen hohen Blutzoll an das Dritte Reich entrichten mußten. Hunderttausende von Griechen wurden von den Nazis hingerichtet oder wurden Opfer der Hungersnot während der Besatzungszeit.
Und nicht nur das. Trotz des antifaschistischen Sieges, trotz des entschlossenen Kampfes der nationalen Befreiungsfront EAM-ELAS, an dem sich der überwiegende Teil der Bevölkerung beteiligte, wurde in Griechenland nach dem Zweiten Weltkrieg ~~wurde~~ durch eine militärische Intervention der USA und Großbritanniens verhindert, daß sich die linken und progressiven Kräfte unseres Volkes durchsetzten; die Macht wurde an die Nazi-Kollaborateure übergeben.
In der Zeit von 1960 bis 1980 mußte Griechenland wieder Tribut entrichten, diesmal für das, was man als das deutsche Wirtschaftswunder bezeichnet hat. Die konservativen Regierungen zeigten ihre Hörigkeit gegenüber den Imperialisten, die sie an die Macht gebracht hatten, dadurch, daß sie Züge, vollgestopft mit griechischer Jugend, losschickten, um sie als Gastarbeiter in die BRD zu bringen.

Während der Besatzungszeit mußten die Nazis nach blutigen Revolten der Athener Bevölkerung von ihrem Plan Abstand nehmen, Griechen als Zwangsarbeiter nach Deutschland zu bringen.
Im Gegensatz dazu wurden von den konservativen Regierungen nach dem Krieg über 1,5 Millionen Griechen und Griechinnen nach Westdeutschland geschickt - scheinbar freiwillig.
Auf der heutigen Demonstration wollen wir sowohl die Stimme von Millionen griechischer Antifaschisten und Antifaschistinnen als auch die der linken radikalen Bewegung zum Ausdruck bringen.

Wir sagen
- Nein zur Wiederbelebung des deutschen Nationalismus
- Nein zum Vierten Reich
- Nein zum deutschen Europa.

Wenn Gorbatschow bereit ist, zwanzig Millionen ermordete Sowjetmenschen, Opfer des Zweiten Weltkrieges, gegen 17 Milliarden DM zu vergessen, wenn er meint, daß der Kapitalismus in der Sowjetunion darüber hergestellt werden muß, daß diese sich in eine "Dritte Welt" für Deutschland verwandelt, so heißt das für uns noch lange nicht, daß wir die die koloniale Einverleibung der DDR durch die BRD gutheißen.
Die Konsequenzen dieser Entwicklung werden verheerend für die Zukunft, nicht nur in Europa, sein.
Deutschland verwandelt sich in eine Supermacht, deren erdrückende Vorherrschaft sich über Europa ausbreitet. Dies angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion aufhört, als Supermacht zu existieren.
Das bedeutet, daß wir vor stürmischen Veränderungen des Charakters der EG stehen. Deutschland braucht den EG-Apparat, um sich ökonomisch und politisch auszubreiten.
Darüber hinaus hat der deutsche Imperialismus ein unmittelbares Interesse an der ökonomischen Beherrschung Ost-Europas, dort, wo sich die Trümmer des ehemaligen sogenannten "realen Sozialismus" befinden. Das Kapital, das für diese ökonomische Intervention notwendig ist, wird durch verschärfte Ausbeutung der Werktätigen und der Dritten Welt herausgepreßt.
Der Weg zu einem deutschen Europa wird die regionalen, ökonomischen und sozialen Widersprüche zuspitzen. Dieser Prozeß wird die bescheidenen Errungenschaften der Menschen einschränken, hier in Deutschland, aber besonders im übrigen Europa.
Was die EG betrifft, so werden sich die Gegensätze der Ökonomien der Mitgliedstaaten statt des propagierten ökonomischen Ausgleichs vergrößern. Der deutsche Imperialismus wird einige Kompromisse gegenüber den Interessen des britischen und französischen Imperialismus eingehen, nicht aber gegenüber den kleineren Staaten. Dies wird die EG-Peripherie wie Griechenland, Portugal, Irland und un-

terentwickelte Gebiete in Spanien und Italien weiter marginalisieren.

Es liegt auf der Hand, daß es gemeinsame Gründe sind, die uns hier in Berlin auf die Straße gebracht haben. Umso notwendiger ist die Koordination und die Kontinuität des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus. Dieser Kampf wird für die Zukunft der Völker, insbesondere der arbeitenden Menschen, von entscheidender Bedeutung sein.

Ich möchte die Gelegenheit heute nutzen, um unsere Solidarität mit den Organisatoren und den TeilnehmerInnen der Demonstration am 3.10.1990 auszudrücken und dagegen zu protestieren, daß sie kriminalisiert werden.

Aber es gibt Menschen, die heute nicht hier sein könne, gemeint sind die Gefangenen aus RAF und Widerstand.

Und wir betrachten es als eine Selbstverständlichkeit, hier die Forderung nach Zusammenlegung zu bekräftigen.

Wie sich an dieser Demonstration zeigt, gibt es Menschen im Herzen des deutschen Imperialismus, die auch unter den heutigen schlechten Bedingungen sich nicht integrieren und auch nicht resignieren wollen, nur weil der Feind zur Zeit unbesiegbar scheint. Wir sind davon überzeugt, daß aus diesem Kampf die Kräfte einer anderen Linken entspringen werden, einer radikalen Linke, jenseits von Dogmatismus und Reformismus, eine Kraft der sozialen Befreiung !



Squatter's Karneval am 11.11
2 Uhr 2
Bahnhof Friedrichstraße

Lohndrückerei an der TU-Berlin?

Das Problem

Sollen StudentInnen, die in der exDDR wohnen, als Lohndrücker an den Universitäten und wissenschaftlichen Instituten in Berlin eingesetzt werden?
Seit der Vereinigung drängen sich vor den Toren der Westberliner Universitäten die Ost-Studis, die als TutorenInnen oder studentische Hilfskräfte arbeiten wollen. Im Moment werden sie aber aufgrund einer Weisung des Innensenators Pätzold nicht eingestellt, da nicht klar ist, welchen Lohn sie bekommen sollen. Zwei Varianten stehen zur Wahl:

1.) Das Wohnortprinzip:
Bei dieser Variante werden diejenigen Beschäftigten deren Wohnsitz im - offiziell nicht mehr existierenden - "Osten" der Stadt liegt mit 40% des tariflich festgelegten Lohnes bezahlt.
2.) Das Arbeitsplatzprinzip
Hierbei sollen an den Westunis beschäftigte Ost-Studis genau den gleichen Lohn bekommen wie ihre West-Kollegen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit aber nur im Westen.

Die Konsequenzen

KEINE CHANCE FÜR WEST-STUDIS

Im November sollen Vorverhandlungen über den Tarifvertrag der TutorenInnen beginen. Uns (den Betroffenen) schwant dabei Schlimmes: setzt sich das Wohnortsprinzip durch, wird es kaum noch Chancen auf einen Tutorenjob für StudentInnen geben, die im Westteil der Stadt wohnen! Nach der einfachen Rechnung fünf Ost-Tutoren für zwei West-Tutoren wird die Uni sparen. AN UNS!

LOHNSENKUNGEN BEI JOBS!

Aber das ist noch lange nicht alles. Am Tariflohn der studentischen Beschäftigten orientieren sich auch die Löhne für StudentInnen die in Firmen oder bei anderen Forschungseinrichtungen arbeiten (z.B: Frauenhofergesellschaft, Max-Plank Institute, etc.). Diese Arbeitgeber würden sicher nicht zögern, sofort die Löhne für OststudentInnen zu senken, oder sogar Druck auf WeststudentInnen auszuüben. Nach dem Motto: "Wenn Du nicht für 40% arbeiten willst, kann ich mir ja 'nen Ossi holen!".

KEINE CHANCE FÜR OST-STUDIS!

Die schönen Worte der Politiker von der "schnellen Anpassung des Lebesniveaus in exDDR und exBRD" könnten sich die Ost-KommilitonInnen dann erst mal über den (kalten) Ofen in ihrer miesen KWV-Wohnung nageln und sich daran wärmen. Der "freie Markt" würde die Einteilung der Menschen in DDR und BRD für das nächste Jahrzehnt erst mal zementieren. Das gilt nicht nur für StudentInnen, da die selbe Regelung für den gesamten Öffentlichen Dienst gültig ist.

WAS WOLLEN WIR:

Das Wohnortprinzip muß ganz schnell vom Tisch! Wenn alle, die an einer Uni arbeiten den gleichen Lohn bekommen, können sie sich auch gemeinsam für eine Verbesserung einsetzen.
Wir fordern daher unseren Präsidenten auf, eindeutig Stellung zu beziehen, zu welchem Lohn er die KommilitonInnen beschäftigen will.
Wir wollen das schriftlich, damit er sich auch noch nach der Wahl daran erinnern kann!
Wir wollen, das er sofort zu seinem Boss Herrn Petzold geht, und mit ihm über die Sache spricht (Wenn er sich fürchtet, gehen wir auch mit...).
Wir wollen, das der Ostler-Erlass, der es jetzt den Unis unmöglich macht Ost-TutorenInnen zum gleichen Lohn wie West-TutorenInnen zu beschäftigen noch vor den Wahlen vom Tisch kommt.

Wir studieren mit den Ostlern - wir wollen auch mit ihnen arbeiten!

Regelmäßiges Treffen zu diesem Thema:
FR0513, Mitwochs ab den 7.11.90 um 18.00Uhr

Mitglieder des Personalrates der Studentischen Beschäftigten; bei nachfragen Tel 314-22351

Kommentar

Selber Denken statt sich dem "Druck des Machbaren" beugen

40 % unseres Tariflohns für Ostler - damit tut der Senat einen Schritt, der seine oft beschworene "Gleichheit vor dem Gesetz" wieder einmal zur Farce werden läßt. Wir glauben, er will die Folgen garnicht bedenken, er ist froh, wenn er seinen nächsten Haushalt sichern kann.
Es gibt ja auch jede Menge Probleme in Folge dieses hektischen, überstürzten Anschlußes. Doch nach dem Wohnort- oder Tatortprinzip ex-DDR'lerInnen eine Klasse tiefer zu stufen ist eine undurchdachte Lösung. Erste Folgen werden sein: Mietsteigerungen im Westen, Lohndrückerei und eine Spaltung der Beschäftigten (Wohnortprinzip soll nicht nur für studentische, sondern für den ganzen öffentlichen Dienst gelten). Eine "soziale" Teilung der Stadt wird "soziale" Unruhen schaffen. Da kommen auf den Senat Probleme zu, die er jetzt noch vermeiden könnte: Statt nach Einsparungen zu suchen sollten sich die HerrInnen mal mehr um Einnahmen bemühen.
Beim Verkauf des Potsdamer Platzes hatte Herr Nagel ja nicht so viel Geschäftsgeist, bei der Olympiaplanung spart der Senat auch nicht, und auf die Besteuerung der Gewinnler des Anschlußes scheint er auch keinen Wert zu legen.... .
Warum sollen StudentInnen den Gürtel enger schnallen ?
Damit jene sich neue Hosen kaufen können?

Wer soll sich wehren, wenn nicht wir?

An der Humboldt Uni gibt es noch kaum Studentische Beschäftigte, im Westen herrscht für ex-DDR'lerInnen seit dem 3.10.90 Einstellungsstop. Sie können sich für ihre Interessen noch nicht zusammentun.
Westberliner Studentische Beschäftigte haben einen eigenen Tarifvertrag - Das heißt zwischen ÖTV/GEW und Innensenat ist ein "freies" Aushandeln von Bedingungen möglich. Freier Handel, abhängig von unserem Durchsetzungsvermögen.
Wir haben also die Möglichkeit und auch die mehrfach erprobte Fähigkeit unsere Interessen durchzusetzen. Wir betrachten uns dabei aber schon als VertreterInnen eines breiten geselschaftlichen Anliegens: Wir wollen wie viele andere nicht den Preis für eine Einheit zahlen, von der Aldi, Deutsche Bank, Daimler Benz .... den Nutzen haben.

Wann, wenn nicht jetzt?

Keine gesellschaftliche Gruppe hat eine ähnlich starke, spontane Organisationskraft wie StudentInnen.
Unsere Nachverhandlungen zum Tarifvertrag beginnen am 9.11.90 . Die Wahlen sind am 2.12. 90. Die Sterne stehen günstig.
Je schneller und eindeutiger wir uns gegen das Wohnortprinzip stellen, desto größer sind unsere Chancen auf Erfolg.

Keine Angst vor Personalchefs und Arbeitsgerichten!

(14)



Die Arbeitsverhältnisse in der BRD sind durch eine ganze Latte von Gesetzen und Tarifverträgen festgeschrieben. Manche sehen auf den ersten Blick toll aus, erst bei genauerem Hinsehen bemerkst du die Haken. Aber in der Realität kriegst du oft noch weniger als was dir auf dem Papier zusteht. Gerade die ArbeiterInnen, die aus dem Ausland in die BRD gekommen sind, die Schwierigkeiten mit der Sprache haben, werden von den Unternehmern systema-tisch beschissen. Daher könnt ihr dieses Blatt bei uns auch in *türkischer, polnischer* und *englischer* Sprache bestellen!

Das Arbeitsrecht ist nicht dafür gemacht, daß die ArbeiterInnen ihre Interessen durchsetzen können, schon gar nicht als Klasse. Es kann höchstens dazu dienen, die schlimmsten Zumutungen abzuwehren, wenn gemeinsame Aktionen dagegen nicht gelingen. Und hier liegt auch der Haken: denn wer mit dem Arbeitsgericht seine Rechte durchsetzen will, steht der Unternehmerseite vereinzelt gegenüber. Statt Unruhe in der Fabrik, gibt's dann den Grabenkrieg im Gerichtssaal. Aber da haben wir immer schon verloren. Denn von unserer Arbeit werden auch nach gewonnenem Prozeß nur die Bonzen fett!

Dennoch: wenn das Arbeitsrecht auch keine Lösung unserer Probleme bietet, sollten wir es kennen und entsprechend ausnutzen, aber nicht allein und gegen die anderen KollegInnen gerichtet. Das wollen sie bloß! In diesem Sinne: nutzt die folgenden Tips, um mit euren KollegInnen zu reden und gemeinsam gegen die Ausbeutung vorzugehen!

- Tips zum Arbeitsrecht -

1. Vorbereitung

Das Wichtigste für spätere rechtliche Auseinandersetzungen ist, daß du alles schriftlich festhältst. Notiere im Nachhinein alles, was beim Einstellungsgespräch besprochen worden ist. Leg dir einen *Ordner* an, in dem du den Arbeitsvertrag, Zusatzvereinbarungen, alle Schreiben der Firma, Stundenzettel, Kopien der Briefe oder Papiere, die du an die Firma geschickt hast, nebst Einschreibebelegen der Post usw. aufbewahrst. Gib nur Kopien aus der Hand, oder, wenn die Firma ein Original will, mach eine Kopie für dich.

Führe außerdem einen *Kalender*, in dem du alle wichtigen Sachen notierst: wann du wieviele Überstunden gemacht hast, ob du eine andere Arbeit bekommen hast usw. Ein solcher Kalender kann später vor Gericht als Beweismaterial dienen.

2. Einstellung

Je nach Firma werden dir bei der Einstellung eine ganze Menge Fragen gestellt. Einige Fragen kannst du ruhig falsch beantworten, denn die dürfen sie nicht stellen: Ob du Mitglied in einer Gewerkschaft bist, ob du vorhast, Kinder zu kriegen. Vorstrafen oder Krankheiten mußt du nur dann angeben, wenn sie sich direkt auf die Arbeit beziehen, für die du eingestellt wirst. Ob du schwanger bist, mußt du nur beantworten, wenn du es sicher weißt. Vermutungen brauchst du nicht zu äußern.

Für dich wichtig ist die Frage nach dem letzten Lohn. Denn viele Firmen, die an keine Tarife gebunden sind (z.B. Leiharbeitsfirmen), bieten dir entsprechend viel oder wenig Lohn an. Hier solltest du also einen möglichst hohen Stundenlohn angeben, der noch glaubhaft ist.

Es hat keinen Sinn, beim Einstellungsgespräch über die Rechtmäßigkeit des Arbeitsvertrages zu diskutieren. Das bringt nichts, und den Job wirst du dann auch nicht mehr bekommen. Entdeckst du in deinem Arbeitsvertrag Bestimmungen, die ungesetzlich sind (z.B. nur 10 Tage Jahresurlaub oder tägliche Kündigungsfrist bei einer Leiharbeitsfirma), so kannst du ihn ruhig unterschreiben. Später kannst du deine rechtlichen Ansprüche einfordern und einklagen. Daran ändert deine Unterschrift überhaupt nichts. Genausowenig kann dir irgendjemand verbieten, mit den KollegInnen über deinen Lohn zu reden. Diese in vielen Arbeitsverträgen auftauchende Bestimmung soll uns nur vereinzeln und gemeinsame Aktionen erschweren.

3. Arbeitsvertrag

Im Arbeitsvertrag werden die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses geregelt. Ein mündlicher Arbeitsvertrag ist rechtlich genauso gültig wie ein schriftlicher. Unabhängig von dem, was im einzelnen Arbeitsvertrag steht, gelten bestimmte gesetzliche Mindestbedingungen und möglicherweise ein Tarifvertrag.

Der Tarifvertrag gilt dann, wenn der Arbeitgeber Mitglied im Unternehmerverband und du Mitglied in der Gewerkschaft bist. Außerdem gelten Tarifverträge, die vom Staat für "allgemeinverbindlich" erklärt worden sind, auch dann, wenn die Beteiligten nicht Mitglied in den Tarifvertragsparteien sind (TVG).

Da es eine Unzahl unterschiedlicher Tarifverträge gibt, gehen wir im folgenden nur auf die gesetzlichen Bestimmungen genauer ein. Du solltest dich aber auf jeden Fall erkundigen, ob in deiner Firma ein Tarifvertrag gilt.

Der Arbeitsvertrag regelt unter anderem: Beginn des Arbeitsverhältnisses, Kündigungsfristen, Arbeitslohn (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Zuschläge für Überstunden, Schicht- oder Nachtarbeit, Fahrgeld/"Auslöse"), Zeitpunkt und Art der Lohnauszahlung, Arbeitszeit, Urlaub, auszuübende Tätigkeit, Ausschlußfristen (d.h. wie lange du fehlende Lohnteile einklagen kannst!).

4. Besondere Arbeitsverträge

a. Befristete Arbeitsverträge

Arbeitsverträge können befristet abgeschlossen werden; entweder mit einer sachlichen Begründung (z.B. für die Dauer der Ernte, für die Dauer der Krankheit einer anderen Arbeiterin) oder auf eine bestimmte Zeit.

Handelt es sich um eine Befristung auf bestimmte Zeit, so muß die Zeitangabe genau sein. Steht im Vertrag z.B. "drei bis vier Wochen" oder "ca. 4 Wochen", so ist die Befristung nicht wirksam, und du bist rechtlich gesehen fest eingestellt. Das läßt sich allerdings auch mit dem Arbeitsgericht nur selten durchsetzen. Aber das Gericht wird auf der Einhaltung der Kündigungsfristen bestehen. Das heißt: du bekommst nachträglich noch ein paar Wochen Lohn ausbezahlt.

Bei der korrekten zeitlichen Befristung endet der Vertrag automatisch, ohne daß du dagegen etwas machen kannst.

1985 trat ein neues Gesetz in Kraft (BeschFG), das unsere Bedingungen verschlechtert hat: Der Arbeitsvertrag kann ohne Angabe von Gründen bis zu 18 Monaten befristet werden. Manche Firmen stellen dich jetzt erstmal für drei oder sechs Monate ein und verlängern dann den Vertrag wiederum befristet. Dies ist aber nur möglich, wenn sie die zweite und weitere Befristungen sachlich begründen können. Wenn nicht, so lohnt sich wie oben der Weg zum Arbeitsgericht.

Beispiele: a) Du wurdest auf 6 Monate befristet eingestellt, nach 5 1/2 Monaten geht eine Kollegin von dir in Mutterschaftsurlaub, der Unternehmer gibt dir einen zweiten befristeten Vertrag für die Dauer des Mutterschaftsurlaubs. Das ist legal.

b) Du wurdest auf 3 Monate befristet eingestellt, danach bekommst du einen weiteren Dreimonatsvertrag, danach bekommst du einen 6-Monatsvertrag, die Befristungen sind nicht begründet. Hier liegt ganz klar ein Kettenvertrag, vor und das ist verboten. Du kannst die Firma auf unbefristete Einstellung und Weiterbeschäftigung verklagen.

Stellt dich dieselbe Firma mehrmals befristet ein, so müssen zwischen Ende des ersten und Anfang des zweiten Arbeitsverhältnisses mindestens 4 Monate liegen. Ansonsten kommt ab dem Beginn des ersten Arbeitsverhältnisses ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zustande.

b. Leiharbeit

Um Leiharbeit handelt es sich immer dann, wenn du von einer Firma eingestellt wirst und diese dich dann zu einer anderen Firma schickt, in der du nach Anweisung der dortigen Meister arbeitest. Damit das legal ist, braucht der Sklavenhändler eine Genehmigung vom Landesarbeitsamt.

Für Leiharbeit gibt es in der BRD ein eigenes Gesetz, das "Arbeitnehmerüberlassungsgesetz". Einige Bestimmungen darin sind für uns von Vorteil, du solltest sie daher kennen. Die Leiharbeitsfirma muß dir zusammen mit dem Arbeitsvertrag (Leiharbeitfirmen müssen dir einen schriftlichen Arbeitsvertrag geben!) ein Merkblatt über diese Regelungen aushändigen. Arbeitsvertrag und Merkblatt müssen ausländischen ArbeiterInnen in ihrer Muttersprache gegeben werden!

• Leiharbeitsfirmen dürfen dir von sich aus keinen befristeten Arbeitsvertrag geben. Häufig schreibt der Sklavenhändler aber einfach "Befristung auf Wunsch des Arbeitnehmers, Grund ...". Hier hilft nur →

dumm stellen ("aber ich habe doch unbegrenzt Zeit"). Oder laß dir im Beisein eines Zeugen versichern, daß du unbegrenzt arbeiten kannst.

• Die gesetzliche Kündigungsfrist von zwei Wochen darf nicht verkürzt werden. Steht im Arbeitsvertrag was anderes, dann gilt das einfach nicht. Daher gibt es bei Sklavenhändlern auch keine Probezeit, selbst wenn sie eine solche in den Arbeitsvertrag reinschreiben. Zwei Wochen Krankfeiern sind also immer drin.

• Wenn der Sklavenhändler keine Arbeit für dich hat, muß er trotzdem den Lohn weiterbezahlen. Oft versuchen sie dann, uns zur Unterzeichnung eines Antrags auf unbezahlten oder normalen Urlaub zu zwingen oder uns zu schikanieren (z.B. sollen wir den ganzen Tag in ihrem Büro hocken). Sie drohen damit, uns sonst zu kündigen. Darauf müssen wir uns nicht einlassen. Vor allem dann, wenn wir bisher nur in einem Betrieb gearbeitet haben (siehe unten).

• Zahlt der Sklavenhändler keine Sozialversicherungsbeiträge für dich, so haftet der Entleiherbetrieb. Die Firma, in der du gearbeitet hast, muß also die Versicherungsbeiträge nachträglich bezahlen. Das ist z.B. wichtig, um später einen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe zu haben.

• Wird in dem Entleiherbetrieb gestreikt, so brauchst du dort nicht zu arbeiten und kriegst trotzdem Lohn.

• Wenn dich ein Sklavenhändler kündigt und dann innerhalb von drei Monaten wieder einstellt, giltst du als ungekündigt. Du kannst dann für die ganze Zwischenzeit den Lohn einklagen.

• Besonders bei Leiharbeitsfirmen ist es wichtig, die Lohnabrechnung genau zu prüfen. Fast immer fehlen Stunden oder ganze Tage. Oft bieten sie dir einen geringen Grundlohn und relativ hohe Zuschläge und Prämien (für Schicht, Schmutzzulage, Auslöse für "weit entfernte" Einsatzorte usw.), die sie aber grundsätzlich nur bei Anwesenheit am Arbeitsplatz zahlen. Bei Krankheit zahlen sie nur den Grundlohn. Ein anderer Trick ist, niedriger Grundlohn und erhöhter Lohn nur für einen bestimmten Einsatzort; wenn die dich nicht mehr brauchen, oder der Verleiher dich versetzt, bekommst du wieder den Grundlohn.

Der größte Teil der Leiharbeit ist illegal. In dem Fall kannst du mit den gesetzlichen Regelungen nicht viel erreichen, aber du kannst deinen Chef damit unter Druck setzen. Das folgende sind Bestimmungen, die der Sklavenhändler zu beachten hat. Verstößt er dagegen, kann er vom Arbeitsamt ein Bußgeld aufgebrummt bekommen oder seine Lizenz verlieren. Als ArbeiterInnen können wir damit nicht viel anfangen außer dem Chef bei einer Auseinandersetzung mit dem Arbeitsamt zu drohen:

• Im Baugewerbe (nicht auf Baustellen überhaupt!) ist Leiharbeit prinzipiell verboten. Gleichzeitig ist sie auf den Baustellen - als illegale - am weitesten verbreitet.

• Der Sklavenhändler darf dich höchstens sechs Monate an einen Betrieb verleihen.

• Der Sklavenhändler darf nicht kündigen, wenn er dich bisher nur in einem Betrieb hat arbeiten lassen, da er dich nicht ausschließlich für einen Auftrag einstellen darf.

c. Sozialversicherungsfreie Beschäftigung, 470-Mark-Jobs

Wer wöchentlich weniger als 15 Stunden arbeitet und höchstens 470 Mark im Monat verdient, braucht keine Sozialversicherung zu bezahlen. →

Außerdem wird die Lohnsteuer pauschal von der Firma bezahlt. Der Höchstbetrag wird jedes Jahr neu festgesetzt, 470 Mark gilt für 1990. Auch wer innerhalb eines Jahres nicht mehr als zwei Monate arbeitet, muß keine Sozialversicherung zahlen.

Von 470 Mark im Monat kann natürlich kein Mensch leben. Bisher waren diese sog. "Hausfrauenjobs" also nur eine Möglichkeit, zu Arbeitslosen- oder Sozialhilfe etwas dazuzuverdienen, oder mehrere solcher Jobs zu machen, was illegal ist. Vorsicht: seit dem 1.1.1990 ist das schwieriger, da die Firmen jetzt jede Stelle der Krankenkasse melden müssen. Die können sofort feststellen, ob du gleichzeitig Arbeitslosen- oder Sozialhilfe bekommst!

Viele Unternehmer behaupten gegenüber den ArbeiterInnen, bei 470-Mark-Jobs bräuchten sie keine Lohnfortzahlung bei Krankheit und keinen Urlaub zu gewähren. Das ist Quatsch! Urlaub steht dir auf jeden Fall zu, und Lohnfortzahlung, wenn du wöchentlich mehr als 10 (oder monatlich mehr als 45) Stunden arbeitest (BUrlG, LFZG).

Für alle **Teilzeitarbeiten** gelten noch folgende Bestimmungen, die wichtig sind, wenn du je nach Arbeitsanfall eingesetzt wirst (BeschFG § 4):

- Wirst du je nach Arbeitsanfall beschäftigt, und steht in deinem Vertrag keine bestimmte Dauer der Arbeitszeit, so gilt eine wöchentliche Arbeitszeit von *zehn Stunden* als vereinbart. Auch wenn du weniger als zehn Stunden arbeitest, muß die Firma dir zehn Stunden bezahlen.

- Du bist nur dann zur Arbeit verpflichtet, wenn die Firma dir jeweils *vier Tage vorher* gesagt hat, wann genau du arbeiten sollst!

- Ist in dem Arbeitsvertrag die tägliche Dauer der Arbeitszeit nicht festgelegt, so muß die Firma dir *für mindestens drei* aufeinanderfolgende Stunden Arbeit geben. Du brauchst also nicht für eine Stunde den Weg zur Arbeit machen, bzw. kannst in dem Fall für zwei weitere Stunden den Lohn einklagen.

d. Schwarzarbeit

ist immer heikel. In der Regel ist hier mit dem Arbeitsrecht gar nichts zu machen. Aber wir brauchen uns durch die Illegalität (z.B. ohne Arbeitserlaubnis) nicht zu allem erpressen zu lassen. Denn schließlich macht sich auch der Unternehmer strafbar. Wenn er dir damit droht, zur Polizei zu gehen, dann erinnere ihn daran, daß er dann auch bestraft wird.

5. Arbeitszeit

Im Arbeitsvertrag wird die wöchentliche Arbeitszeit festgelegt. Gilt für den Betrieb kein Tarifvertrag, so werden die übrigen Fragen der Arbeitszeit durch die "Arbeitszeitordnung" (AZO) geregelt.

Nach der AZO darf am Tag höchstens 10 Stunden gearbeitet werden. Allerdings ist es für die Firma nicht schwer, sich eine Ausnahmeregelung von der Gewerbeaufsicht zu besorgen.

Bei mehr als sechs Stunden täglicher Arbeitszeit müssen sie uns eine halbe Stunde Pause gönnen, Frauen schon bei mehr als 4 1/2 Stunden mindestens 20 Minuten.

Die Ruhezeit zwischen zwei Schichten muß mindestens 11 Stunden betragen. Wenn sie also von dir verlangen, innerhalb der Woche von Spätschicht auf Frühschicht zu wechseln, so kannst du das mit Hinweis auf die AZO ablehnen. (Allerdings gibt es

auch hier jede Menge Ausnahmeregelungen - z.B. im Krankenhaus.)

Mehr als die vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit mußt du nur dann arbeiten, wenn der Betriebsrat dieser Anordnung von Überstunden zugestimmt hat. Wenn es keinen Betriebsrat in der Firma gibt, sind Überstunden grundsätzlich freiwillig (BetrVG). Zuschläge für Schicht- oder Nachtarbeit sind gesetzlich nicht geregelt. Lediglich für Überstunden sind 25% Zuschlag gesetzlich vorgeschrieben. Als Überstunden zählt die Zeit, die du an einem Tag über 8 Stunden hinaus arbeitest (AZO).

6. Lohnfortzahlung bei Krankheit

Wenn Du krank bist, wird der Lohn sofort weiter gezahlt. Voraussetzung ist, daß dein Vertrag nicht unter vier Wochen befristet ist, und du mehr als 10 Stunden in der Woche (oder 45 im Monat) arbeitest.

Bist du wegen derselben Krankheit länger als 6 Wochen krank geschrieben, so muß der Betrieb den Lohn 6 Wochen lang weiterzahlen. Danach zahlt die Krankenkasse 80% vom Lohn weiter. Bist du aber hintereinander wegen verschiedener Krankheiten arbeitsunfähig geschrieben, von denen keine länger als 6 Wochen dauert, so muß der Betrieb den Lohn auch über die 6 Wochen hinaus weiterbezahlen.

Die Kasse zahlt auch dann Krankengeld, wenn du kürzer als 4 Wochen arbeitest oder wenn dein Arbeitsvertrag während der Krankschreibung endet.

Beim Krankfeiern mußt du genau die Vorschriften einhalten. Gerade kleine oder Leiharbeitsfirmen versuchen sonst, dir den Lohn zu klauen, oder brummen dir sogar Vertragsstrafen auf. Also: Am ersten Tag morgens unter Zeugen beim Chef anrufen, zum Arzt gehen und dann die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (gelber Schein) per Einschreiben abschicken. Sie muß spätestens am dritten Tag nach dem Eintritt der Krankheit bei der Firma ankommen. Den Einschreibezettel der Post im Ordner aufbewahren. (Es ist sogar schon vorgekommen, daß Firmen dann behauptet haben, sie hätten tatsächlich einen Einschreibebrief von dir bekommen, aber da sei nichts drin gewesen! Beim Gericht solltest du dann Zeugen benennen, die gesehen haben, wie du das Attest hineingesteckt hast.)

Diese Regeln mußt du auch genau beachten, wenn du **im Urlaub krank** wirst. Kannst du von dort nicht rechtzeitig anrufen, dann schick sofort ein Telegramm, und verwahre die Absendequittung der Post.

Wenn du im Urlaub mit ärztlichem Attest krankgeschrieben bist, dann gehen dir diese Urlaubstage nicht verloren. Nimmst du z.B. drei Wochen Urlaub, bist in der Zeit aber zwei Wochen krankgeschrieben, dann hast du von deinem gesamten Urlaub nur eine Woche genommen.

Woran du leidest, geht nur den Arzt was an. Während der Krankheit mußt du auch nicht zu Hause bleiben. Du solltest aber den Inhalt deines Briefkastens kontrollieren, um z.B. keine Einspruchsfristen zu versäumen.

Und wie an den gelben Schein kommen? Wer wird nicht schon beim bloßen Gedanken an die Arbeit krank ...

GESETZE

AÜG	*Arbeitnehmerüberlassungsgesetz*
AZO	*Arbeitszeitordnung*
BeschFG	*Beschäftigungsförderungsgesetz*
BGB	*Bürgerliches Gesetzbuch*
BetrVG	*Betriebsverfassungsgesetz*
BUrlG	*Bundesurlaubsgesetz*
FLZG	*Feiertagslohnzahlungsgesetz*
KSchG	*Kündigungsschutzgesetz*
LFZG	*Lohnfortzahlungsgesetz*
TVG	*Tarifvertragsgesetz*

Eine Zusammenstellung aller wichtigen Gesetzestexte findet ihr in: Michael Kittner, Arbeits- und Sozialordnung, BundVerlag, jeweils die neueste Auflage, für DM 29,80. Eine billigere Sammlung der Gesetzestexte gibt es als dtv-taschenbuch für DM 9,80.

7. Urlaub (BUrlG)

Der gesetzliche Mindesturlaub beträgt 18 Tage im Jahr. In der Regel erhalten wir aber mehr Urlaub. In vielen Tarifverträgen sind 30 Tage Jahresurlaub vereinbart. Du solltest dich daher nie mit 18 Tagen zufrieden

geben. Vorsicht! In manchen Arbeitsverträgen steht die Formulierung: "Urlaub wird gewährt nach Bundesurlaubsgesetz." Das heißt im Klartext: nur 18 Tage!

Sobald du einen Monat (z.B. vom 7.10. bis zum 6.11.) gearbeitet hast, steht dir ein Zwölftel des Jahresurlaubs zu. Diese gesetzliche Bestimmung kann aber tarifvertraglich verschlechtert sein. Z.B. gilt im Bereich der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen HBV, daß du erst nach drei Monaten Beschäftigung Anspruch auf Urlaub hast!

8. Feiertage (FLZG)

Feiertage müssen bezahlt werden. Auch wenn du Teilzeitarbeit machst, aber normalerweise an diesem Tag gearbeitet hättest, muß dir der Tag bezahlt werden. Wird dir einen Tag vor dem Feiertag gekündigt und ab dem Tag danach ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen, so muß der Feiertag trotzdem bezahlt werden. Fehlst du aber einen Tag vor oder nach dem Feiertag *unentschuldigt*, müssen sie den Feiertag nicht bezahlen.

9. Kündigung

Die Kündigung der Firma wird in dem Moment wirksam, wo sie dir zugeht, also mündlich unter Zeugen, Telefonanruf, als Brief. Wenn es aber kein Einschreiben, Telegramm oder per Boten eingeworfener Brief ist, kannst du die Kündigung getrost wegschmeißen, denn der Unternehmer muß beweisen, daß du sie tatsächlich bekommen hast. Der Kündigung mußt du sofort widersprechen (mündlich unter Zeugen oder als Einschreiben) und deine Arbeitskraft weiter anbieten, d.h. hingehen und sagen, daß du weiterarbeiten möchtest.

Für eine fristgerechte Kündigung braucht die Firma keinen besonderen Grund anzugeben. Gibt sie aber einen Grund an oder kündigt sie fristlos (z.B. wegen unentschuldigtem Fehlen), so muß sie dies beweisen. Sobald du ununterbrochen länger als 6 Monate in derselben Firma beschäftigt bist, gilt das Kündigungsschutzgesetz. Das hat zur Folge, daß der Arbeitgeber eine beabsichtigte fristgerechte Kündigung dem Betriebsrat vorlegen und auch begründen muß.

Zum Verhalten bei Kündigung ein Beispiel: Du hast dich unter Einhaltung aller Vorschriften krank gemeldet. Das Attest geht über zwei Wochen. Nach zwei Tagen bekommst du per Einschreiben die fristlose Kündigung wegen unentschuldigtem Fehlen. Dann mußt du sofort - auch per Einschreiben - der Kündigung widersprechen. Wenn du wieder gesund bist, gehst du zur Firma und bietest deine Arbeitskraft - unter Zeugen - wieder an. Schickt er dich dann weg, geht's zum Arbeitsgericht. Drei Wochen nach der Kündigung mußt du die Klage beim Arbeitsgericht eingereicht haben (Ausschlußfrist). Hast du der Kündigung sofort widersprochen und deine Arbeitskraft angeboten, und stellt dann das Arbeitsgericht die Ungültigkeit der Kündigung fest, dann hast du Anspruch auf den Lohn bis zum Kammertermin.

Bist du gekündigt oder läuft dein Vertrag aus, und du holst deinen restlichen Lohn und deine Papiere, auf keinen Fall eine Ausgleichsquittung unterschreiben! Sie enthält immer eine Klausel, in der du auf sämtliche Ansprüche wie z.B. Weiterbeschäftigung, fehlenden Lohn usw. verzichtest. Das Beste ist, du nimmst alle Papiere mit und prüfst zu Hause in Ruhe nach, welche Ansprüche du noch hast.

Kündigungsfristen

Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt für ArbeiterInnen zwei Wochen (BGB - Anm.: Die unterschiedlichen Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte sind kürzlich vom Bundesverfassungsgericht für unrechtmäßig erklärt worden und bis nächstes Jahr sollen die Kündigungsfristen neu geregelt werden). Für die ersten drei Monate eines Arbeitsverhältnisses kann die Kündigungsfrist bis auf einen Tag verkürzt werden (nicht bei Leiharbeit). Dies muß aber ausdrücklich vereinbart sein!

10. Arbeitsgericht

Natürlich rücken die Unternehmer nicht einfach mit der Kohle raus, wenn wir sie höflich auf die Rechtslage hinweisen. Manchmal hilft schon die Drohung mit dem Arbeitsgericht. Erstens macht ihnen das auch Probleme, und zweitens fürchten sie, daß es sich dann im Betrieb herumspricht, wie leicht sich die Kohle einklagen läßt. Sie werden auch schnell nervös, wenn du im Wartezimmer oder unter den KollegInnen von den miesen Tricks erzählst. Meist kommt raus, daß es allen so ergangen ist. Wenn alles nichts hilft, geht's eben zum Arbeitsgericht. So ein Prozeß ist längst nicht so kompliziert und riskant, wie sich das viele vorstellen. Wichtig ist nur, möglichst bald zu klagen, da in vielen Verträgen Ausschlußfristen vereinbart sind.

Bei jedem Arbeitsgericht gibt es eine Rechtsantragsstelle, die dir die Klage aufsetzt, wenn du dein Problem schilderst. Am besten alle Unterlagen mitnehmen, da es auf genaue Angaben ankommt (richtige Firmenbezeichnung, Daten, Lohnabrechnungen usw.). Zeugen mußt du hier noch nicht benennen. Das finanzielle Risiko ist gering, da in der ersten Instanz jede Seite ihre Kosten selber zahlt, d.h. der Prozeß kostet in der Regel höchstens 50 Mark (wenn du keinen Anwalt bezahlst).

Einige Wochen nach der Klage wird der "Gütetermin" festgesetzt. Dort versucht der Arbeitsrichter, einen Kompromiß zu finden, schon um sich selbst Arbeit zu sparen. Wenn dein Fall klar ist, brauchst du dich darauf nicht einzulassen. Bis zum eigentlichen Termin dauert es dann - wenn mit Güte nichts mehr zu machen ist - etwas länger ...

Was wollen wir?

Die Informationen in diesem Flugblatt sind zwangsläufig unvollständig. Es fehlen eine Menge spezieller Regelungen zu Jugendarbeitsschutz, Frauen- und Mutterschutz, Schwerbehinderten, Angestellten, Heimarbeit, Konkurs, Arbeitssicherheit, Betriebsrat, innerbetriebliche Regelungen wie Änderungskündigung usw. Dieses Flugblatt ist in erster Linie für Leute, die kurzfristig in irgendwelche Jobs hineingeraten und sich mit dem Arbeitsrecht nicht auskennen.

Schreibt uns, wenn ihr auf Probleme stoßt, die hier nicht behandelt werden. Schreibt uns eure Erfahrungen - vor allem diejenigen, wo durch gemeinsame Aktionen der Rechtsweg überflüssig und mehr erreicht wurde. Denn mehr erreichen heißt nicht nur mehr Geld usw., sondern auch die Vereinzelung und die Konkurrenz unter uns zu durchbrechen, den Chefs selbstbewußt entgegentreten zu können, unser Leben nicht von der Arbeit auffressen zu lassen!

"Dein gutes Recht": Der Staat gibt es dir, Gewerkschaft und Betriebsrat handeln es für dich aus - und wir sollen nicht mehr merken, daß es letzten Endes nur von uns abhängt, wieviel sie uns geben. Uns geht es nicht darum, den rechtlichen Mindeststandard durchzusetzen, damit sie uns dann in Ruhe und Legalität weiter ausbeuten können. Es geht uns darum, daß wir in den Betrieben Initiativen entwickeln, daß wir unsere Sache selbst in die Hand nehmen. Wir müssen unsere Macht als ArbeiterInnen selbst entwickeln, statt sie von Arbeitsrichtern, Gewerkschaftsfunktionären oder Betriebsräten verwalten zu lassen. Nur dann können wir mit der Ausbeutung und der Maloche endgültig Schluß machen.

Wer hat dieses Faltblatt gemacht?

Wir sind ein Zusammenschluß von Gruppen in verschiedenen Städten. Gemeinsam geben wir die Zeitschrift WILDCAT heraus, in der wir über die Kämpfe der ArbeiterInnen hier und in aller Welt schreiben. Wir arbeiten in Fabriken, Büros, Krankenhäusern, im Transport etc. und versuchen dort Initiativen voranzubringen.

Kontaktadressen:

Sisina, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36
Sisina, Postfach 301 206, 5000 Köln 30
Wildcat, Postfach 306 325, 2000 Hamburg 36
Postlagerkarte 11 22 18 C, 7800 Freiburg --
Postlagerkarte 05 88 52 D, 6700 Ludwigshafen

ANITNATIONALE DEMO IN HH

Entwurf für eine antinationale Demonstration am 2. Dezember in HH und Einforderung eines inhaltlichen Streits über die Weltpolitische Situation!

Am 2. Dezember werden alle "mündigen " Deutschen an die geeinte Wahlurne treten,um die Konstituierung des neuen Deutschlands durch ihr Kreuz für diese oder jene Partei zu besiegeln und die bereits vollzogene Annektion der DDR durch die BRD im nachhinein zu legitimieren.Per parlamentarischen Akt soll der Weltöffentlichkeit ein glorreiches Beispiel formaler Mitbestimmung vorgeführt werden.Das Ergebnis wird Spiegelbild des nationalen Konsenz der im Parlament vertretenden Parteien und der zum Kreuzchen machen aufgerufenen Bevölkerung sein.

Welcher Umstand hat diese gesamtdeutsche Wahl er möglicht?

Die Sowjetunion (SU) hatte unter Gorbatschov schon lange den Weg der Kooperation mit dem kapitalistischen Westen eingeschlagen,als die Bevölkerung der DDR die Straße für sich entdeckte.Die Nationale Volksarmee stand in den Startlöchern,hatte allerdings auf grund der Entwicklung in der SU, dem ehemals großen Bruder,keine Rückendeckung mehr ,um militärisch zu zuschlagen.Als sich abzeichnete,das die Flüchtlinge in der CSFR in die kapitalistische Freiheit entlassen werden,artikulierte sich vorsichtiger Bürgerlicher Protest in der DDR,z.B. nach Reisefreiheit,mehr Mitbestimmung etc.etc.Als dies nicht die ansonsten in der DDR üblichen Repressionsmaßnahmen nach sich zog,ging ein großer Teil der Bevölkerung vom Bürgersteig auf die Straße und forderte unverholen die Anpassung der ökonomischen Verhältnisse an den Weststandard durch die Parole " Wir sind ein Volk".Das dies nichts,aber auch nichts mit einer friedlichen Revolution zu tun hat liegt auf der Hand.

Die beinahe panische Eile mit der die Okkupation der DDR,von den ansonsten eher bieder und dümmlich wirkenden Bonner Politikerinnen organisiert wurde, läßt für die Zukunft einiges erahnen.Durch die gezielte zerstörung dre DDR-Ökonomie,wie verweigerung von Kapitalfluss vor der Währungsunion und Überschwemmung des DDR-Marktes mit Westprodukten,wurde innerhalb weniger Wochen aus dem zehntstärksten Industrieland der Welt ein um Wohlfahrtshilfe bettelndes Kollektiv gemacht.Das Wechselspiel für die DDR-Bevölkerung,zwischen etikettierten politischen Aussagen-alle Deutschen sollen in Saus und Braus leben-und eigentlicher Intention:Ausbau der politischen und ökonomischen Vormachtstellung in Europa und die Neuordnung des internationalen Machtgefüges,ging auf.Durch die Revidierung der Ergebnisse des 2. Weltkrieges,den Zusammenbruch der SU und die sich manifestierende deutsche Vormachtstellung in Europa,ist Deutschland eigentlicher Gewinner des Krieges.

Zentrale Elemente des deutschen Imperialismus die zu zwei Weltkriegen geführt haben erlebten in der Wiedervereinigung ihre Wiedergeburt.Nationaler Größenwahn,der sich aus dummdreister Überheblichkeit,Rassismus und Intoleranz speist.Die Verhöhnung vergangener,gegenwärtiger und zukünftiger Opfer deutscher Großmachtpolitik.

Anders als von den Politikerinnen vorgegaukelt,besteht in der Bevölkerung die berechtigte Angst,das die Kosten sich in ihrem eigenen Portemonaie bemerkbar machen werden.Der ausbleibend Wirtschaftsboom in der DDR läßt die Unzufriedenheit in der dortigen Bevölkerung wachsen.Eine Mischung aus Angst vor materieller Not und aber eigentlich drauf Anspruch haben.Diese Mischung entlädt sich als Hass auf die vermeindlich Schuldigen.

Am deutlichsten entlud sich das neudeutsche Gefühl am Tag des Gewinns des WM-Titels durch "unsere Jungs".In vielen Städten des neuen Reichs kam es unter dem Motto"wir sind Deutsche und ihr nicht" zu schweren Übergriffen auf Linke,Ausländerinnen und alles was nicht so recht ins Bild papt.Dieser Terror vollzieht sich täglich nur nicht so geballt und somit alles andere als eine Randerscheinung.

Neigt die völkische Stimmung schon spontan gegen alles andersartige vorzugehen,so bietet sie den richtigen Hintergrund,vor dem die Staatsorgane leichtes Spiel haben gegen unliebsame Minderheiten vorzugehen oder aber auch Frauen entsprechend ihrer gesellschaftlichen Funktion zu verwerten.

Einige Beispiele:

- die Lancierung von Staatsschutzlügen über die angebliche RAF-Hafenstraßen-Conektion
-Einführung des sozialen Jahres für Frauen,um die Lücken im sozialen Bereich zu schließen
- Verschärfung des § 218
- Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts

Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.

Stellt sich der neudeutsche Alltag nach innen für uns so dar,ist somit nicht damit zu rechnen ,das der deutsche Imperialismus gewillt ist,die Freude über die Wiedervereinigung in Form von Geschenken gegenüber den Völkern und Staaten der Welt zum Ausdruck zu bringen.

Die Entsendung von Truppen der Bundesmarine ins östliche Mittelmeer im Golfkonflikt,läßt einige Rückschlüsse auf zukünftige Machtansprüche des deutschen Imperialismus zu.Die Wiedervereinigung ist durch den Zerfall dre SU ermöglicht worden.Durch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der damit verbundenen Auflösung des Ost-West-Konflikts ist eine Weltpolitische Situation entstanden derer es,historisch betrachtet,immer eines Krieges bedurfte.Während die Gewinner des letzten Weltkrieges schon vor Beendigung der militärischen Auseinandersetzung ihre machtpolitischen Ansprüche anmeldeten und sich alles unter den Nagel rissen was ihnen ihrer Meinung nach zustand,besteht derzeit ein gewisses Machtvakuum.Der deutsche Imperialismus wird dieses Machtvakuum für sich zu nutzen wissen.Ist erst die volle Souverinität hergestellt(Abzug aller Besatzungstruppen,Abschluß eines Friedensvertrages),wird sich das öko nomisch jetzt schon führende Deutschland,auch militärisch,je nach politischen und ökonomischen Interessen gelagerte Konflikte direkt einschalten.

Diese Rolle fällt ihm um so leichter zu,weil der sich bisher immer als Weltpolizist aufspielende US-Imperialismus,auf ein ökonomisches Fiasko zusteuert, dessen Ausmaße für die USA,die Weltwirtschaft und die damit verbundenen Folgen schwer abschätzbar sind.

Auch die BRD könnte auf ein ökonomisches Fiasko zusteuern,denn es ist Keinesfalls sicher,ob die Annektion der DDR wirtschaftlich aufgefangen werden kann. Sollten sich zu den imensen vlokswirtschaftlichen Kosten noch Verluste in ähnlicher Größenordnung gesellen und die Produktivität dre DDR nicht auf BRD-Standard gebracht werden, könnte des derzeitige wirtschaftliche Gefüge zusammenfallen wie ein Kartenhaus.Bei dem momentan vorherrschendem deutschen Chauvinismus,könnten die dann entstehenden innergesellschaftlichen Konflikte schnell nach außen gekehrt werden und die Sprüche von Völkerverständigung und Solidarität würden der Vergangenheit angehören.

Die Interessen zwischen den führenden ökonnomischen und politischen Staaten Japan,Deutschland und den USA werden zukünftig schärfer aufeinanderknallen, auch wenn die USA ökonomisch am Ende sein sollte,ist sie zweifelsohne die stärkste Militärmacht.ES GEHT SCHLICHTWEG,UM DEN PLATZ AN DER SONNE!

Die BRD ist dabei sich für die mögliche Auseinandersetzung den Osten als Hinterland aufzubereiten.Dies zeigt sich in der Aufteilung dre verschiedenen Staaten des nicht mehr existierenden "realen Sozialismus".Die Beute des Zusammenbruchs der SU wird je nach ökonomischen und politischen Bedarf verwertet Wurde die Einverleibung der DDR noch in panischer Eile vollzogen und können sich die industrialisierten Teile des Ostblocks (CSFR,Ungarn,Baltische Republiken,etc.)noch berechtigte Hoffnungen machen ein kleines Stück des westlichen Wohlstands zu erlangen,wird dre Rest der ehemaligen "sozialistischen Staaten" eher völlig verelenden und dem Trikont zugeschlagen.

Damit verschiebt sich die vorhemals ausgelagerte Front zwischen 1. und 3.Welt direkt nach Europa.Der Hunger und das Elend werden dann nicht nur per Fernseher in die vorweihnachtlichen Wohnzimmer getragen,sondern die Verelendung von Polen,Rumänien,usw. werden sich direkt im Alltag der BRD-Metropole bemerkbar machen.Wenn das bei dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" entstandene Machtvakuum zwischen den imperialistischen Staaten Japan, Brd und den USA in Zukunft zu verschärften Widersprüchen wird,hat dies jetzt schon direkte Auswirkungen auf die Entwicklung der Trikontländer.Gab es durch die Existenz der beiden Machtblöcke einen,wenn auch begrenzten,Spielraum so ist dieser inzwischen hinfällig geworden:Den letzten nichtkapitalistischen Staaten wird die ökonomische Unterstützung entzogen und stehen wie Kuba auf der internationalen Abschußliste.IWF und Weltbank sind in der Lage ihre Forderungen ohne Abstriche durchzusetzen,da nirgends in der Welt ein alternatives Modell eigenständiger Entwicklung existiert.Im Rahmen von Krisensituationen,wie derzeit im Golfgebiet stehen nicht nur die Existenz einzelner Staaten,wie des Iraks,sondern der ganzen Region auf demSpiel.So hat der Aufmarsch türkischer Natotruppen verheerende Auswirkungen auf den kurdischen Befreiungskampf und das zionistische Israel genügend Rückdeckung die Lösung der Palästinafrage wieder auf brutalste Weise auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Aufruf haben wir ganz bewußt versucht die Wiedervereinigung global einzuordnen,da wir der Meinung sind,das dieser Prozeß nicht losgelöst von der weltpolitischen Entwicklung gesehen werden kann,sondern die Wiedervereinigung überhaupt erst aus ihr hervorgehen konnte.

Blicken wir auf auf die Wahlen und die vermutlich im Parlament vertretende "Linke",gemeint sind PDS und Grüne,zurück,ist keine der beiden Parteien gewillt klar Stellung zu beziehen.Standen am Anfang der Maueröffnung beide Parteien der Wiedervereinigung ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüber,wandelte sich das Bild bei Fortschreitung der Entwicklung schnell.Fand Modrow an der Parole "Deutschland einig Vaterland" immer mehr Gefallen,weil es ja gar nicht so schlecht klinge entdeckte die Grüne Vollmer die Verantwortung ihrer Partei die Weltmachtstellung Deutschland konstruktiv mitzugestalten.Mit solchen Aussagen werden bewußt die Gefahren zukünftiger deutscher Großmachtpolitik verschleiert und verharmlost.Die Grünen und die PDS betreiben im Moment eine Politik,die völlig auf die anstehenden "nationalen Fragen" zurückgeworfen ist und bekennen sich offen zu konstruktiver Mitgestaltung.Sie Reihen sich ein in den nationalen Konsenz und versuchen,genau wie alle anderen im Parlament vertretenden Parteien,der Restwelt beizupulen,das von Deutschland jetzt und in Zukunft keine Gefahr ausgeht.Die Deutschen nehmen ja schließlich nur ihr "natürliches Recht" auf Selbstbestimmung wahr und dies in Phase "höchster" demokratischer Integrität Deutschlands.

Für uns als Linksradikale ist ist es notwendig uns aus dem nationalen Konsenz auszuklammern und eine klare antinationale Position zu beziehen.Dem parlamentarischen Akt messen wir in sofern eine besondere Bedeutung bei: Nicht weil es Wahlen sind,sondern es diese Wahlen sind.

Wir rufen deshalb zu einer antinarionalen Demonstration am2. Dezember 1990 in Hamburg auf und fordern alle Gruppen und Einzelpersonen die die neudeutsche Entwicklung als Bedrohung auffassenauf,sich an der Vorbereitung zu beteiligen.

Über die Wahlen hinaus ist es für uns Linksradikale zwingeng notwendig in einen organisierten Diskussionsprozeß einzusteigen.Nur eine inhaltliche und theoretische Diskussion,kann die Defizite der Linken beseitigen,ansonsten ist ein effektives Eingreifen linksradikaler Politik und Praxis in vom profitorientierten Gedanken geleitete machtpolitische Prozesse nur schwer denkbar.

Die Einschätzungen,Fakten und Fragen die hier im Aufruf aufgeworfen werden können dabei als Grundlage dienen.Gefragt sind dabei keine schnellen Antworten auf schwierige Fragen,gefragt ist ein inhaltlicher und theoretischer Streit.

- ANTINATIONAL GEGEN DEUTSCHE GROßMACHTPOLITIK
- DEUTSCHLAND,FINGER WEG VOM GOLFGEBIET
- WIR SCHEIßEN AUF DAS VATERLAND

ZU DEN ROMA VOM VÖLKERVERSTÄNDIGUNGSZENTRUM PADERBORN

VöVEZ e.V.
Flüchtlingsbüro
An den Kapuzinern 10
4790 Paderborn 05251-22212

An der Situation der Roma hat sich im vergangenen Jahr nichts geändert. Die Verhältnisse sind euch bekannt:

- jeden Tag Unsicherheit und Angst vor Abschiebung
- die Umverteilungen nach Bayern
- keine akzeptabelen Entscheidungen der Politiker
- Pressehetze (obwohl im Moment die Taktik des Totschweigens angewandt wird)

Wir aus Paderborn wollen eine Pressekonferenz geben.
Sie findet am 9.11.90 statt. An diesem Tag wird eine BRD-weite Aktion der Roma stattfinden. Der Kampf gegen die Abschiebungen wird von ihnen weitergeführt. Bis jetzt waren die Roma die einzigste Gruppe, die Widerstand gegen das rassistische Pogramm der BRD und jetzt Großdeutschland geleistet haben. (Neuengamme-Nov. 89, Bettelmarsch Feb. 90, Bettelmarsch April bis Juni 90, Grenzbesetzung BRD-Niederlande Juni 90 und viele kleinere regionale Aktionen.)
die Solidaritätsbewegung hat sich unserer Meinung nach " typisch " verhalten. Die Aktionen der Roma wurden "unterstützt" (meist sowieso nur verbal) aber nicht getragen. Es werden lieber die Inhalte bestimmt, als zu handeln. Wir haben im Laufe der Zeit, bei der Zusammenarbeit mit den Roma kapiert, daß wir aus der Gesellschaft der "Herrenmenschen" kommen, der Gesellschaft dessen Väter und Großväter den Holocaust am jüdischen Volk und an den Roma und Cinti durchgeführt haben, und die kontinuierlich die Diskriminierung und Hetze gegen die Roma und alle Menschen aus anderen Ländern weiterführt. O.k., daß sind Analysen die fast jede/r "Linke" Mensch in der BRD im Kopf hat, aber aus dieser Position raus richtig zu handeln ist 'ne andere Sache.
Am 9. 11. 90, also in der Nacht, in der 1938 mit der Reichspogromnacht der Startschuß zum vielfachen Völkermord fiel, hat Helmut Kohl, Kanzler von Großdeutschland, die Frechheit in Paderborn aufzutreten. Dagegen wird eine Demonstration stattfinden.
Die Pressekonferenz findet nicht zufällig an diesem Tag statt. Auf ihr wird eine Erklärung der Roma verlesen. Unsere Mitteilung liegt bei.
Wir schlagen Euch vor, falls Ihr mit dem Inhalt einverstanden seid, an der Pressekonferenz teilzunehmen. Wenn von verschiedenen Stellen NRWs zusammen sich bewegt und öffentlich verhalten wird, kann das neuen Druck erzeugen. Die Minister sollen merken, daß wir nicht locker lassen.
Falls von Euch niemand zu der Konferenz kommen kann, könntet Ihr die Pressemitteilung unterschreiben und uns möglichst schnell z rücksenden. Meldet Euch bitte auf jeden Fall bei uns, wie Ihr Euch entschieden habt.
Die Konferenz beginnt um 14.00 Uhr.

HAAN BEI HILDEN

imperialistische truppen aus dem nahen osten verjagen -
sieg der intifada in palästina und kurdistan

wiederzusammenlegung der seit 11monaten hungerstreikenden
gefangenen revolutionäre in spanien

zusammenlegung und die freilassung der haftunfähigen
gefangenen hier erkämpfen

besetzte häuser und zentren durchsetzen - hafen bleibt

wir haben heute auf dem gelände der bundeswehrkaserne in haan bei hilden militärfahrzeuge in brand gesteckt.

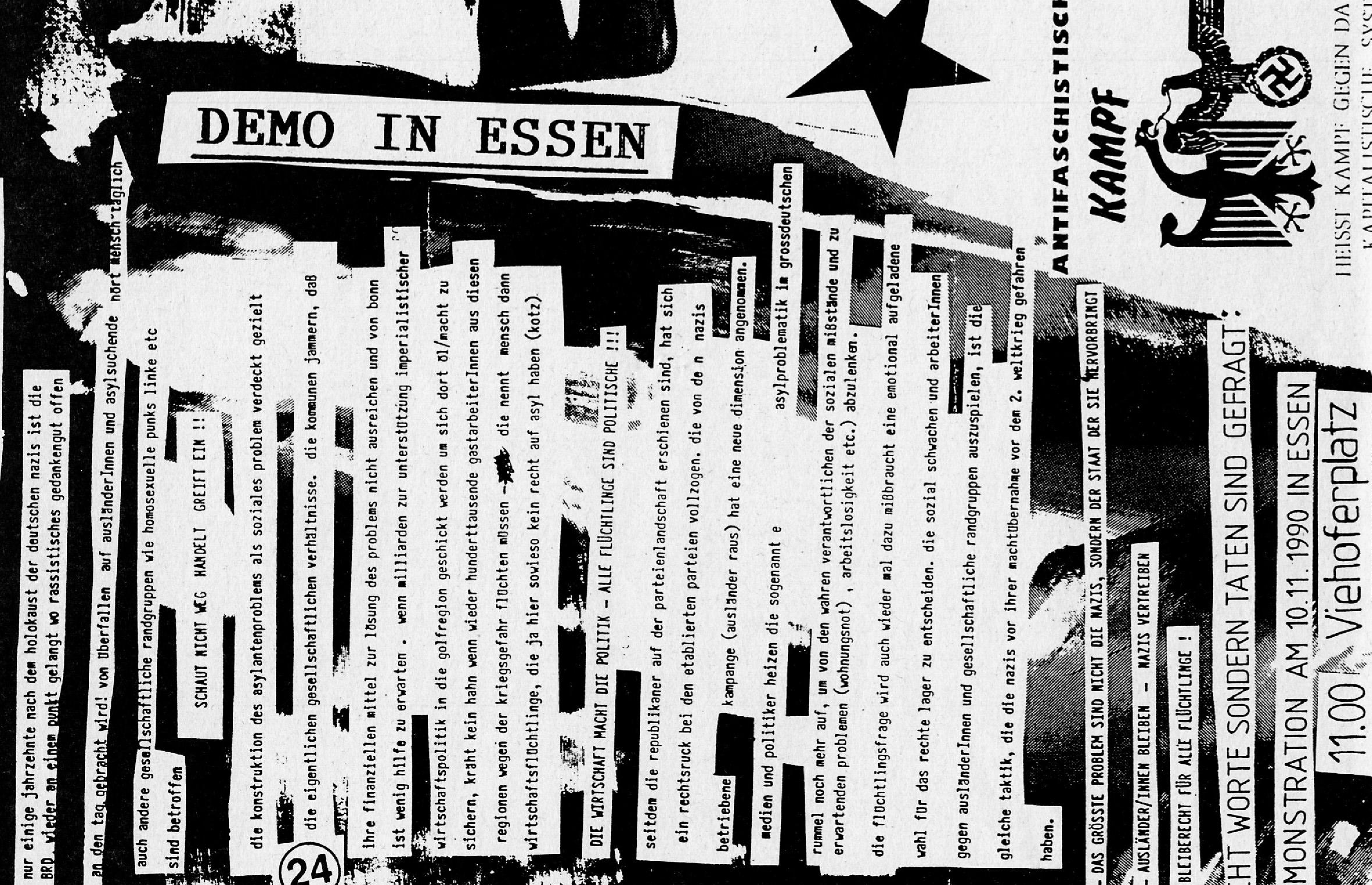
die lage am golf eskaliert ungebremst. die usa und die gesamte kapitalistische welt nehmen den überfall des diktators saddam hussein auf kuweit - das schlaraffenland schlechthin für jeden kapitalisten in seinem luxus und seiner dekadenz - zum anlaß, eine militärische konfrontation größten ausmaßes im nahen osten zu führen.
den irak als mögliche hegemonialmacht im nahen osten mit seiner haltung gegen israel und die usa, können die westlichen industriestaaten nicht dulden. sie wollen auch weiterhin den ungehinderten zugriff auf das öl zu ihren bedingungen und so konnten sie auch die schon lange geplante stationierung imperialistischer truppen zur direkten einflußnahme in der region durchführen.
der aufmarsch der truppen unter führung der usa trifft direkt das arabische volk und hat zum ziel revolutionäre entwicklungen gegen die pro-imperialistischen reaktionäre regimes zu stoppen und diese für die kapitalistische weltwirtschaftsordnung so bedeutungsvolle region für ihre machtinteressen zu sichern.
schon jetzt trifft das ganze elend, das dieser ausnahmezustand produziert, die unterdrückten völker in dieser region: die flüchtlingsströme, die steigenden preise für alles, die verschärfung des krieges gegen das kurdische volk durch brutale deportationen aus dem grenzgebiet, militärische besetzung, massaker ....
die usawollen den offenen krieg und kalkulieren dabei den einsatz von massenvernichtungswaffen und die verwüstung ganzer landstriche.
die brd ist beteiligt mit bundeswehrgerät wie zb. die giftgas-spürpanzer (denn gerade deutschland hat ja erfahrung mit giftgas: sie setzten es als erste im 1.weltkrieg ein, zur massenvernichtung in den kzś, sie exportierten ganze fabriken ua. in den irak) bundesmarine ersetzt us-kriegsschiffe im mittelmeer. bw-spezialisten und gerät sind an der irakischen grenze in der türkei und beteiligen sich schon seit jahren an dem völkermord gegen die kurden.
wir haben die hoffnung, daß die imperialisten in usa und westeuropa aus dem fenster fallen könnten, aus dem sie sich soweit raushängen: daß sich der weltweite protest und widerstand gegen den aufmarsch und die diesen unterstützenden regierungen im zusammenhang mit der intifada in palästina und kurdistan zu einer bewegung entwickelt, die die imperialisten nicht durchkommen läßt.statt herschaftssicherung auf neuer stufe (also absicherung des zugriffs auf das öl, vereinheitlichtes vorgehen aller westlichen staaten und erstmalsmit unterstützung der sowjetunion, militärischer einsatz auch westeuropäischer truppen und gerät alles abgesichert durch uno-beschlüße) der verlust von einflußgebiet und darüber einen einbruch ihrer weltherrschaft.

In der Interim 117 (die Bunte) veröffentlichten wir den zweiten Teil eines längeren Textes zu "Leninismus und Perestroika". Später ist uns erst aufgefallen, daß die "Vorbemerkung" vor dem ersten Teil (der sich im Ordner befindet) auch bzw. erst recht für den zweiten Teil wichtig ist; also wenn's euch wichtig ist, ausschneiden und vor den Text in der 117 kleben.

Vorbemerkung

Die Grundthese, die im folgenden entwickelt werden soll, ist die, daß es sich bei "Glasnost" und "Perestroika" im Kern um einen erneuten Modernisierungsangriff auf die Unterklassen in der SU handelt. Aber im Gegensatz zu allen vorherigen Versuchen in der SU, die Klassenantagonismen in den Griff zu bekommen, steht mit der Politik der Perestroika erstmals der bewußte Versuch auf der Tagesordnung, den Klassenkampf zu akzeptieren und zum dynamischen Kern der gesellschaftlichen Entwicklung zu machen. Möglicherweise handelt es sich jetzt um den ersten wirklichen Schritt zu einer kapitalistischen Form der Fabrikdespotie.

Der Charakter von "Glasnost" und "Perestroika" enthüllt sich erst bei einer genaueren Analyse der sowejetischen Gesellschaft und ihrer Geschichte. Hier versuche ich zu zeigen, daß sich nach der Oktoberrevolution eine eigenständige, nicht-kapitalistische Form einer modernistischen Fabrikdespotie durchgesetzt hat, der es aber aufgrund ihrer inneren Struktur nicht gelungen ist, das Verhalten der Unterklassen zum Motor für eine dynamische Entwicklung zu machen. Dies bleibt möglicherweise der Dynamik der Perestroika vorbehalten. Die Wurzel dieser Form der Fabrikgesellschaft liegt dabei im Entwicklungs- und Modernisierungsmodell des Leninismus, so daß die Auseinandersetzung mit Lenin und der Klassenpolitik der Bolschewiki der zentrale Ansatzpunkt für die Kritik der Sowjetgesellschaft bildet. Meine These ist hier, daß es sich bei der SU eben nicht um einen "entarteten" oder "verbürokratisierten" Sozialismus bzw. um Reste des Stalinismus handelt. Vielmehr handelt es sich um das Projekt einer staatlichen Erziehungsdiktatur, eines modernistischen Arbeitsstaates, wie er bereits bei Lenin angelegt war und im Grunde folgerichtig weiterentwickelt wurde.





Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

Gefangener aus der GRAPO mit 7 Tagen Isolation bestraft, weil er sich weigerte, sich zur Leibesvisitation auszuziehen

Der Gefangene aus der GRAPO Javier Ros Díaz gibt einige Vorkommnisse aus der Nacht des 6.September bekannt, nachdem am Morgen drei Bomben in Madrid explodiert waren.

In dieser Nacht wurde der politische Gefangene durch Beamte aus seiner Zelle geholt und mit Gewalt und unter Stößen und Schlägen gezwungen, sich auszuziehen, um eine Leibesvisitation durchzuführen.

Weil er sich weigerte, das zu tun, wurde er jetzt mit 7 Tagen Isolation bestraft.

Wie Javier Ros erklärte, wurde die Zellen- und Körperfilze angeordnet, als "jemand aus dem Innen- oder Justizministerium" beim Knast von Alcalá Meco anrief, um anzufragen, ob sich "etwas bezüglich der Aktionen der GRAPO" dort befinde, wie die Erzieherin des Knastes ihm erklärte. →

Ros Díaz erlaubte, ohne irgendein Theater zu machen, die Durchsuchung seiner Zelle und Kleidung.

Die Probleme fingen an, als er sich weigerte, sich auszuziehen, wobei er sich auf seine "persönliche Würde" berief.

Der Gefangene verbringt "Jahr um Jahr, ohne die Erlaubnis zu einem "Vis-a-vis"-Besuch"(ohne Trennscheibe)zu bekommen, weil er die "Erpressung" Küsse und Umarmungen gegen Unterwerfung zurückweist.

Der politische Gefangene, der den Hungerstreik, den er im Juni abgebrochen hatte, seit drei Tagen (am 2.10.) wiederaufnahm, sieht in der Forderung der Beamten, er solle sich ausziehen, nicht die Suche nach etwas bestimmten, das Einzige, was sie bezweckten, sei "die Unterwerfung, die Resignation und einen Grund zu finden, um mich in die Isolationszelle zu bringen."



Brandanschlag gegen die "Autovía" (+)

Mehr als 40 Millionen Peseten Sachschaden verursachte ein Attentat in der Nacht zum 10.10. gegen "Altuna y Uria", eine der 18 am Bau der Autobahn zwischen Gipuzkoa und Navarra beteiligten Firmen.

Es ist das 6.Attentat, das diese Firma erleiden mußte, einschließlich der Zerstörung eines Lastwagens und des versuchten Brandanschlags auf eine Betonfirma in Bergara.

Die "Altuna y Uria"-Direktion beziffert die Gesamtverluste der Firma auf 100 Millionen Peseten, seit bekannt wurde, daß sie am Bau der Autobahn beteiligt ist.

Der Sprecher der Firma bestätigte, daß sie auf die kürzlich von der Regierung in Aussicht gestellten Hilfen zurückgreifen würde, um die Schäden auszugleichen und präzisierte, "wenn sie uns nicht unterstützen und das so weitergeht, bleibt uns nichts anderes übrig, als den Laden zuzumachen."

Die Büros der Firma wurden durch Unbekannte mit einer Brandflasche angegriffen, nachdem sie eine Scheibe eingeschlagen hatten. Das Feuer zerstörte das gesamte Mobiliar der Büros einschließlich des Archivs, der Computer und Maschinen.

Polizeikräfte versicherten, daß die nötigen Maßnahmen, um die Taten aufzuklären und die Täter zu ermitteln, eingeleitet worden seien.

(+) Gegen das Projekt des spanischen Staates einer Autobahn von Irurtzun nach Andoain läuft seit Jahren ein Kampf der Bevölkerung auf allen Ebenen und alle Kampfformen einschließend.

Kurden für Selbstbestimmung

Kemal Sarvast, der Sprecher der kurdischen Gemeinschaft im Exil, erklärte gestern auf einer Pressekonferenz in Barcelona im Sitz der Republikanischen Linken Kataloniens (ERC), daß die Volksmassen Kurdistans unter irakischer Herrschaft entschlossen sind, vor den internationalen Organisationen, die die Invasion Kuweits durch das Heer Saddam Husseins verurteilt haben, ihre Unabhängigkeit zu fordern.

Sarvast erklärte, daß das Kommitee zur Verteidigung des kurdischen Volkes im irakischen Staat sich entschlossen hat, von Europa aus einen Prozess von Mobilisationen auszulösen, um die Unabhängigkeit zu erreichen. Der kurdische Sprecher betonte, daß die Golfkrise die fast 6 Millionen Kurden, die im Norden des irakischen Staates leben, direkt betrifft.

Sarvast erklärte, daß die 5 im Irak aktiven Volksorganisationen von den westlichen Nationen verlangen, daß sie ihren Prozess der Selbstbestimmung unterstützen.

Er kündigte an, daß diese Kräfte bereit sind, im Falle eines kriegerischen Konflikts eine bewaffnete Einheitsfront zu bilden.

Chilenische Eingeborene gegen den Besuch des Königshauses

Verschiedene Eingeborenenorganisationen Chiles äußerten ihre Unzufriedenheit mit den geplanten Feierlichkeiten anläßlich des 500.Jahrestages der Entdekkung Amerikas und dem vorgesehenen Besuch des spanischen Königshauses vom 17.bis zum 22.10.

Der Nationalrat der eingeborenen Völker (CNPI), der sich aus 28 Organisationen zusammensetzt, veröffentlichte eine Erklärung, um daraufhinzuweisen, daß es nach seiner Meinung eine "internationale Verschwörung" gebe, um die historische Wahrheit zu verfälschen.

Der CNPI weist in seiner Deklaration darauf hin, daß während der Konquista 96 Millionen Indianer getötet wurden und viele Kulturen verschwanden.

Vom spanischen König und den lateinamerikanischen Regierungen verlangt er, daß die Indígenas respektiert werden und anerkannt wird, was die Konquista wirklich war.



Los antimilitaristas hicieron un llamamiento a la insumisión. JOXE

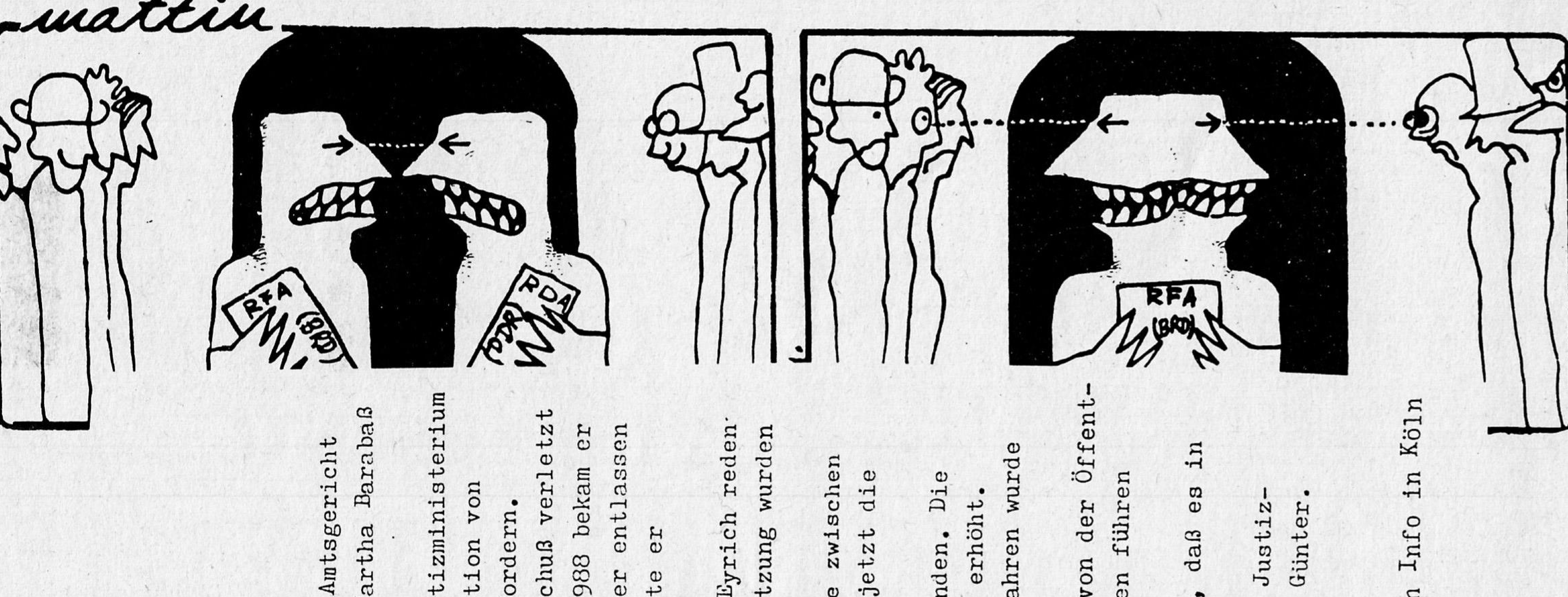
Fast Tausend Militärdienstverweigerer +

Neunzehn Wehrdienstverweigerer des sog. "Golfjahrgangs" aus der Provinz Navarra stellten sich am 4.10 dem Militärrichter in Iruñea und bestätigten ihre Weigerung, den Militärdienst abzuleisten. Auf einer Kundgebung riefen sie zur Militärdienstverweigerung auf.
Mit dieser neuen Gruppe, von der drei junge Männer zur Marine sollten, was die Möglichkeit vergrößerte, in die Golfregion geschickt zu werden, erhöht sich die Zahl der "Insumisos" in Navarra auf 110 und im spanischen Staat auf fast tausend, dazu kommen noch 150 Menschen, die den zivilen Ersatzdienst ablehnen.
Seit Mitte Mai wurden 190 neue Fälle registriert.
Drei Männer sind deswegen momentan im Knast

+ Im spanischen Staat werden nur wenige Wehrdienstverweigerer aus religiösen Gründen anerkannt und zum zivilen Ersatzdienst eingezogen.

Bush wird Nicaragua "bald" besuchen

Der Präsident der Vereinigten Staaten, George Bush, wird Nicaragua "bald" besuchen.
Das kündigte die Staatschefin des Landes, Violeta Chamorro, bei ihrer Ankunft aus New York in Managua an.
Das Datum des Besuchs von Bush präzisierte sie nicht. Es wäre der erste Besuch eines US-Präsidenten in Nicaragua.
Die Präsidentin erklärte, daß sie während der Gespräche mit Bush klargestellt habe, daß die Unterstützung, die Nicaragua bis jetzt von den USA erhalten habe, "ungenügend" sei.
Die 300 Millionen Dollar, die die US-Regierung für das laufende Jahr bewilligt habe, erlaubten nicht, die nötigsten Ausgaben zu bestreiten und sie verlangte, daß Nicaragua als Land im Nachkriegszustand eingestuft werden solle und so eine Vorzugsbehandlung erhalte.
Chamorro erklärte auch, daß "die Türen offen stehen für diejenigen, die bisher nicht an der konzertierten Aktion teilnehmen wollten", wobei sie sich auf die Teilnahme der sandinistischen Opposition an den Gesprächen berief, um die ökonomischen Probleme der Nation zu diskutieren.
Die Präsidentin erzählte, daß sie während eines Gesprächs mit dem sovietischen Außenminister Schevardnaze diesen gefragt habe, ob es dessen Regierung erlaube, die dem früheren sandinistischen Regime gelieferten Panzer und Waffen zu verkaufen, worauf dieser laut Chamorro geantwortet habe:"Diese Idee gefällt mir."



ANGEHÖRIGE UND FREUNDE/INNEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN
POSTLAGERKARTE 050205, 7500 KARLSRUHE

Liebe Freunde/Innen der politischen Gefangenen
und Solidaritätsgruppen !

Am Freitag, 16. November 1990 um 8[30] Uhr findet vor dem Amtsgericht Stuttgart, Urbanstr. 31 a, Saal 4 EG, der Prozeß gegen Martha Barabaß statt, wegen gem. Hausfriedensbruch.
Am 13.1.89 haben 10 Angehörige und Freunde/Innen das Justizministerium in Stuttgart besetzt, um auf die lebensbedrohliche Situation von Günter Sonnenberg hinzuweisen und seine Freilassung zu fordern.
Günter, der bei seiner Verhaftung 1977 durch einen Kopfschuß verletzt wurde, leidet an epileptischen Anfällen. Ende Dezember 1988 bekam er einen erneuten Anfall, nachdem Roland Mayer mitte Dezember entlassen wurde und er nun alleine in Bruchsal war. Mit Roland hatte er täglich Hofgang gehabt.
Unserem Verlangen, daß wir gemeinsam mit Justizminister Eyrich reden wollten, wurde nicht entsprochen. Nach ca. 1 Stunde Besetzung wurden wir aus dem Justizministerium herausbefördert.
Nach etwa 1 Jahr bekamen alle Besetzer/Innen Strafbefehle zwischen 800,-- und 1.600,-- DM. Wir legten Einspruch ein, daher jetzt die Verhandlung.
Gegen 3 Angehörige hat die Verhandlung bereits stattgefunden. Die Geldstrafen wurden bestätigt bzw. bei einer von uns noch erhöht.
Der Antrag auf Zusammenlegung der noch ausstehenden Verfahren wurde abgelehnt.
Mit den Einzelverhandlungen bauen sie darauf, unbemerkt von der Öffentlichkeit, Prozesse gegen die Angehörigen und Freunde/Innen führen zu können.
Kommt zu dem Prozeß und helft durch Eure Solidarität mit, daß es in Zukunft keine Prozesse mehr gegen die Angehörigen gibt.
Wir wollen mit Euch anschließend eine Kundgebung vor dem Justizministerium in Stuttgart machen, für die Freilassung von Günter.

30.10.90

PS. Über die Solidarität zum Prozeß gegen das Angehörigen Info in Köln - wo ca. 100 Leute da waren - haben wir uns gefreut.

PRESSEMITTEILUNG

129a-Verfahren gegen revolutionäre Antifa und Widerstand vom Tisch?

Es geht um das Verfahren gegen (mindestens) vier Hamburger GenossInnen wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer oder mehreren terroristischen Vereinigungen, die im norddeutschen Raum seit 1983 für verschiedene Anschläge gegen "politische Gegner" (Faschisten), vermeintliche Repräsentanten des Staates und Einrichtungen ihrer selbsternannten Feinde" verantwortlich sein sollen. Einen Überblick über den bisherigen Stand des Verfahrens findet sich auf der Rückseite.

Anfang Juni 1990 sollte es laut Bundesanwaltschaft (BAW) Akteneinsicht in diesem Verfahren geben. Dies wäre sowieso erst die zweite Akteneinsicht seit den Durchsuchungen am 15.06.1989 gewesen. Die erste gab es im November 1989.
Anstatt daß wir nun das Aktenmaterial zu sehen bekommen - was sie sich seit Herbst 1989 weiter zusammenermittelt haben, teilte die BAW folgendes mit: Die anfänglichen Verdachtsmomente wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung hätten sich nicht bestätigt. Die Ermittlungen seien an die zuständige Staatsanwaltschaft in Hamburg abgegeben worden, die wegen infragekommender Straftatsbestände (Brandstiftung etc.) weiter ermitteln würde und mit dieser Begründung gibt es auch weiterhin keine Akteneinsicht.
Das heißt nicht, daß das 129a-Verfahren eingestellt ist.
Zur Zeit wird nicht unter 129a-Vorwurf ermittelt. Die zuständige Staatsanwaltschaft kann das Verfahren aber jederzeit erneut durch die BAW zum 129a-Verfahren erweitern - so der offizielle Weg. Dies ist auch schon oft vorgekommen, u.a. in dem früheren Verfahren gegen Andreas, der jetzt auch Beschuldigter ist.
Und es heißt auch nicht, daß der Staatsschutzangriff damit in seiner Schärfe zurückgenommen ist. Vielmehr gibt es zur Zeit - und generell als Ermittlungsvariante - "gute Gründe" für diese Verschiebung:
Gerade die Abgabe der Ermittlungen an die Hamburger Staatsanwaltschaft ermöglicht dem Staatschutzapparat ein differenziertes auf "Milieukenntnis" beruhendes Vorgehen gegen den Widerstand in Hamburg.
Schließlich ist es das LKA (Landeskriminalamt), das täglich damit befaßt ist, Widerstand in Hamburg auszuschnüffeln und mit Verfahren gezielt und koordiniert zu überziehen - wie z.B. derzeit gegen zwei TeilnehmerInnen einer Protestaktion im Hamburger Rathaus anläßlich des völligen Ausschlusses der Öffentlichkeit in dem sabot-Prozeß (129a) gegen Fritz Storim, gegen eine Teilnehmerin einer Aktion im spanischen Konsulat anläßlich des Hungerstreiks der pol. Gefangenen in Spanien und gegen mehrere TeilnehmerInnen der Hafenstraßen-Demo am 19.05.1990.
Bemerkenswert ist hierbei auch noch, daß die Soko (Sonderkommission) beim LKA Hamburg, die schon in dem Worch-Verfahren gegen u.a. zwei auch in diesem Verfahren Beschuldigte ermittelt, nun auch diese Ermittlungen übernommen hat.
Bezüglich dieses Verfahrens und der darin Betroffenen (einschließlich der Leute, die mit ihnen zu tun haben) ist unter 129a-Ermittlungsmöglichkeiten in dem Jahr von Juni 1989 bis Juni 1990 offenbar fürs erste genug geschnüffelt worden.
Durch diesen neuen Ermittlungsabschnitt, in dem die Tatvorwürfe in einzelne Ermittlungsverfahren aufgesplittet werden, ergeben sich sogar neue Ermittlungsmöglichkeiten: Im Gegensatz zur vorherigen Situation können Beschuldigte zu ZeugInnen werden, die sich dann nicht mehr auf ein legales Aussageverweigerungsrecht Beschuldigter berufen können.
Aber Anna und Arthur halten ja immer das Maul!
Zudem besteht die Gefahr, daß der mobilisierende Charakter, den inzwischen fast alle 129a-Verfahren mit sich bringen, für dieses Verfahren zunächst wegfällt und damit ein offensiver Umgang mit den kriminalisierten Inhalten und Entwicklungen erschwert wird.
Die BAW hat sicher zur Zeit viel damit zu tun, Strategien zu entwickeln und umzusetzen, wie mit den Verhafteten aus der DDR umzu-

gehen ist, wie der "Deutsche Herbst 77" aufgerollt werden soll und wie dies alles am optimalsten die Linke im "gesamten Deutschland" schwächen kann.
Seit Juni 1989 sind mehrere weitere 129a- und andere Verfahren gegen Hamburger GenossInnen eingeleitet worden. Dieses Verfahren ist nur ein Baustein in der Repressionsstrategie gegen uns - den Widerstand in Hamburg. Der staatsschützerische Ansatz, das Zusammenkommen, die Auseinandersetzung und die entwickelte Praxis zu zerschlagen und gleichzeitig zu trennen, wird weiterverfolgt. Knüpfpunkte unserer Infrastruktur wie Zentren und Wohnprojekte (z.B. Hafen, flora, Schwarzmarkt) stehen dabei immer wieder im Zentrum der Staatsschmutzangriffe. Die zuletzt eingeleiteten Verfahren stehen deshalb nicht zufällig im Zusammenhang mit den genannten Projekten und dem Widerstand, der sich daran organisiert.

Auf daß wir ihnen immer einen Schritt voraus bleiben und mehr Schritte daraus werden!

ZUR ERINNERUNG

Am 15. Juni 1989 wurden in Hamburg und Umgebung neun Wohnungen/Meldeadressen und Ferienwohnung von insgesamt sechs Leuten durchsucht. Aus den zum Teil nachgeschobenen Begründungen ergab sich folgendes Bild:

Gegen vier Leute (Andreas, Anke, Burkhard und Renate) läuft ein §129a-Ermittlungsverfahren, gegen Burkhard und Renate und zwei weitere Personen läuft ein Ermittlungsverfahren nach § 250 StGB (schwerer Raub). Dieses Verfahren bezieht sich auf den Überfall auf das Faschisten-Ehepaar Worch im Mai 1989. Von einem "Mobilen Antifa Kommando/MAK" wurden Worchs diverser Aktenordner mit faschistischem Material entledigt.

Im nachhinein wurde deutlich, daß für die Durchsuchungen am 15.6.1989 zwei verschiedene Ermittlungsbehörden aus unterschiedlichen Bundesländern verantwortlich sind, nämlich: Das Landeskriminalamt (LKA) Hamburg ist zuständig für die Ermittlungen bezogen auf den Überfall bei den Worchs, und das LKA Niedersachsen ist für die Ermittlungen nach §129a verantwortlich, im Auftrag des Oberlandesgerichts (OLG) Celle bzw. der Bundesanwaltschaft (BAW).

Im Zuge dieser Hausdurchsuchungen wurden Burkhard und Renate unter dem Vorwurf, an der Worch-Aktion beteiligt gewesen zu sein, eingeknastet. Nach sieben Wochen Untersuchungshaft wurden die beiden entlassen, weil das vermeintliche Beweismaterial erschüttert ist.

Zu den Entlassungen ist grundsätzlich zu bedenken, daß sich die Behörden vor dem Hintergrund des umfangreicheren 129a-Ermittlungsverfahrens durch die Freilassung von Burkhard und Renate weitere Ermittlungsergebnisse erhoffen, z.B. durch Observationen.

Das 129a-Verfahren läuft also erstmal gegen vier Leute, wobei aus dem bisher einsehbaren Aktenstand deutlich wird, daß gegen mindestens zwei weitere Leute ermittelt wird.

Den vier Leuten wird vorgeworfen, eine oder mehrere terroristische Vereinigungen zu bilden, die verantwortlich sein sollen für verschiedene Anschläge im norddeutschen Raum, die seit 1983 gegen - wie die Ermittlungsbehörden sagen - politische Gegner (Faschisten), vermeintliche Repräsentanten des Staates und Einrichtungen ihrer selbsternannten Feinde stattgefunden haben.

Diese Konstruktionen der Ermittlungsbehörden haben wir versucht in unserem Info 2 der Antifa-Soligruppe-Hamburg ausführlich darzustellen. Wir werden später noch auf einzelne Fragmente der Konstruktionen des Staatsschutzes eingehen, um das Vorgehen der Ermittlungsbehörden zu verdeutlichen.

Unsere Einschätzung ist, daß dieser Angriff zum Ziel hat, die derzeitige politische Entwicklung des Widerstands zu stoppen. Mit politischer Entwicklung meinen wir die Entwicklung revolutionärer Perspektiven und militanter Praxis in verschiedenen Teilbereichen des Widerstands bis hin zu einer angestrebten Organisierung weit über Teilbereichsperspektiven hinaus. Vom Staatsschutz werden in dem Zusammenhang unterschiedliche politische Schwerpunkte genannt, wie: Antifaschistischer Kampf, Anti-AKW-Kampf, Häuserkampf, Kampf gegen die Formierung des Großkapitals (die Säule der Macht des imperialistischen Systems). Außerdem werden in den Ermittlungsakten Anschläge benannt, die sich auf diese Kämpfe beziehen. Offensichtlich wird von Staatsschutzseite eine besondere Gefahr in der Entwicklung des Widerstands während der letzten Jahre gesehen (z.B. im Austausch über die Erfahrungen/Praxis in den verschiedenen Kämpfen und im Bezugnehmen aufeinander). Dieser ausgemachten Gefahr wollen sie vorbeugen, u.a. mit Hilfe des §129a StGB.

Zur Erhärtung des § 129a-Vorwurfs werden verschiedene Sachen herangezogen, z.B. Veranstaltungen, Redebeiträge und sonstige Veröffentlichungen, aber auch Bewegungsbilder, z.B.: bestimmtes Auto gesehen in der Nähe von Anti-AKW-, Antifa- und anderen Treffen. Und schließlich wird auch durch die Zuordnung von Durchsuchungsfunden als Auseinandersetzung mit "anschlagsrelevanter Thematik" die "subjektive Tatseite" herausgestellt, d.h. die politische Gesinnung.

Kontaktadresse:
Antifa-Soligruppe Hamburg
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstraße 15
2000 Hamburg 36

Spendenkonto:
Anderkonto "Antifa" Andreas Beuth
Hamburger Sparkasse BLZ 200 505 50
Kontonr. 1250/122 072

Info 3 mit ausführlicher Darstellung der Konstrukte des Staatsschutzes; der politischen Inhalte und Entwicklungen, für die die kriminalisierten Anschläge stehen und Dokuteil mit den Erklärungen zu den Anschlägen -- zu beziehen für 4,- DM plus 3,20 DM Porto (siehe Kontaktadresse). Ab 10 St. 3,- DM plus entspr. Porto.

Sonntag den 4.11.1990
"5 Jahre M99 Infocopybuchladen", Haste mal 'ne Mark für'n Marx?"
großer Bedarf, hat 550DM eingebracht
erlös geht an die hungerstreikenden GRAPO/PCE(r) gefangenen

Montag den 5.11.1990, 20.30 Uhr
..der Untergrund vermeldet brennendes Interesse an der M99

aber die Sorgenfalten der Abteilung Staatsschutz können sich
wieder glätten

sie fing kein Feuer und wahrte erfolgreich rettenden Abstand
Nun Spekulatius, Rätselraten.

waren es die Faschisten? Sie beschlechtachten die M99 schon
des öfteren mit ihren "Jeeps"!

Niemand ist vollkommen

oder die inzwischen 4. eigentümer in 6 Jahren. Wollten Sie
warmen Abriß weil's keine öffentlichen Gelder für Moderni-
sierung gibt
oder ein empörter "Bürger" der uns vor'm 3.Oktober androhte
Jetzt reicht's "der Laden wird niedergebrannt"

oder eine achtlos hinweggeworfene Zigarette. Die EigentümerInnen
wollten bisher trotz mehrfacher Abmahnungen die an der Straße

liegenden Kellerfenster nicht Ratten und Glimmstengel siche
abdichten,denn "es wird ja eh modernisiert".
oder war's Kabelbrand

oder war's Staatsschutztaktik den rollstuhlabhängigen und
dort wohnenden "hilflosen"Ladenbetreiber" zu "retten" um dabei
die Ladentür zu demontieren und sich überraschend Einlaß zu
erhelfen?

oder war's die hinterhältige Taktik der M99 ständig im Gespräch
zu bleiben also raffinierte Werbung.

Die Ladenwechselgeldkasse mit ca 200 Dm is' weg, hoffentlich
zahlt die Versicherung, beschlagnahmt wurde nix. Die Feuerwehr-
leute kriegten ihren Kaffee für den 5-stündigen Einsatz. In
der Nacht brannte es auch am "Hoftheater" in der Muskauerstr.
und wurde mal wieder versucht im Buchladen in der Oranienstr 21
einzubrechen.

Die "haste mal 'ne Mark für'n Marx" - Aktion anläßlich 5 Jahre
M99 Infocopyladen hat rund 500 DM für's Konto der spanischen
GRAPO/PCE(r) Gefangenen gebracht.
Das für uns unerwartet starke Bedürfnis nach den Werken Marx
und Lenins läßt uns eine Wiederholung/Fortsetzung sinnvoll
erscheinen. Lenin is' völlig weg, Marx noch einige, Jenny Marx
"Weimar" und "Gestapobericht" noch reichlich. Also wenn andere
noch Restbestände gelagert haben oder/und an Lagerbestände der
PDS günstig rankommen, bringt's vorbei, s' wäre doll!!
Ab jetzt sollen die Einnahmen für Luitgard Hornstein etc., die
4 Gefangenen aus Düsseldorf sein!

Nun destotrotz hoffen wir daß die Steine die uns vom Herzen
... Stelle landen

VORSICHT - SEKTE !!!

Wie DT 64 am 30.10. berichtete, ist zur Zeit eine Gruppe unter dem Namen

"Die Bewegung"

in Ost-Berlin und anderen Städten der Ex-DDR mit Ständen und Umfragen aktiv. Sie ist Teil einer international arbeitenden Sekte. Hinter dem "links-alternativen" Auftreten der WerberInnen verbirgt sich eine streng hierarchisch aufgebaute Organisation, deren Ideologie frühfaschistische Grundlagen hat und an deren Gründung zumindest ein nach Argentinien geflüchteter Alt-Nazi maßgeblich beteiligt war.

Wer diese Gruppe kennt (möglicher Weise tritt sie auch als "Humanistische Partei" auf) sollte sich umgehend mit der AG Sekten, c/o AStA FU,* W-1000 Berlin 33 in Verbindung setzen (Tel. 030/8382224), um Infos auszutauschen. * Kiebitzweg 23

Sekte raus!



PROJEKTil

anarchistisches magazin aus Münster


Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zur Waffe zu machen, war der Anspruch, der aus unserem »Zeitungsprojekt« das PROJEKTil werden ließ. Das Selbstverständnis als anarchistisches Magazin ist das Selbstverständnis seiner MacherInnen, d.h. daß sich das PROJEKTil weniger auf anarchistische Theorien bezieht, als daß es Ausdruck lebendiger Bewegung in der Offenheit und Auseinandersetzung zu anderen linksradikalen und autonomen Bewegungen in der Brd ist. Das PROJEKTil will als anarchistisches Projekt diesen Ausdruck revolutionärer Bewegung widerspiegeln.

Als Zeitung aus der lokalen Bewegung veröffentlicht es Aktuelles und Diskussionen, die lokalen Bezug haben, äußert sich aber auch zu überregionalen Themen und Diskussionen. Da die kleine Stammredaktion nicht in der Lage ist alles alleine zu machen, hier noch der Aufruf uns alles zuzuschicken, woran ihr gerade diskutiert (am besten sogar auf Diskette).

Ciao, das Redaktionskollektiv

PROJEKTil, c/o Themroc, Bremer str.42, 4400 Münster.

Die neuste Ausgabe Doppel-Nr.11/12 Oktober 1990 enthält: Diskussion um Golfkonflikt * Ene, mene, miste ... Knastrevolten 1990 * Wahlboykott ! * Häuserkampf: Der Konflikt um die Steinfurterstr.107 * Wunsiedel: Zur Gecshichte und aktueller Bericht zum Faschoaufmarsch im August * Patriarchatskritik: Über den weitläufigen Irrtum ... * etc.

Abobedingungen: 32 dm (incl. Porto) für 10 Ausgaben auf das Konto:
J.Essig, Münster
Postgiroamt Dortmund
Kto.Nr. 3605 81 - 467

Probeheft gegen 6 dm (incl. Porto) in Briefmarken oder Scheck: Projektil, c/o THEMROC, Bremerstr.42, 4400 Münster

STOP den Hools!

Am 1. Dezember spielt der BFC Türkiyem Spor gegen Bayern München. Da wir in der Vergangenheit festgestellt haben, daß Hools u.Faschos jedes größere Fußballspiel für ihren rechten Terror benutzen, ist es zwingend notwendig, an diesem Tag den Hools etwas entgegenzusetzen und ins/ans Stadion zu kommen.

Die Hertha-Fans sind mit den Bayern-Fans seit Jahren befreundet und es ist damit zu rechnen, daß die Hools von Hertha u. FC Berlin sich gegen Ausländer zusammenschließen.

Wichtig:

Nicht jeder Fußball-Fan ist ein Faschist. Uns geht es nur um die Hooligan-Szene, die von Nazis durchsetzt ist, wobei die Berliner Hooligans (Hertha u. FC Berlin) dabei besonders faschistisch auffallen.

Zur Information:

Da das Spiel, das im Mommsenstadion stattfindet, ausverkauft sein wird, ist es wichtig, sich so bald wie möglich, möglichst noch diese Woche, die Karten zu besorgen.

Karten gibt es z.B. im Sportladen O-Straße (gegenüber 021) oder Zeitungskiosk Kotti/Admiralstraße.

Achtet darauf, daß ihr 1o-DM-Karten kauft, damit wir zusammen in einem Block sind, denn es gibt ja auch teuere Karten.

Für Fahnen u. Transparente laßt Euch etwas einfallen, z.B. gegen die Ausländergesetze, gegen Nazis usw.

Wir planen noch eine VV, der Termin wird bekanntgegeben.

Treffpunkt ist auf jeden Fall am 1.12. um 13 Uhr am Kotti.

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

jeden Tag

15.00 - 4.00 Schwule Wut, Schwul es Überfalltelefon: 216 33 36

bis 18.11. 20.00 "Die Reise, das Ende, die Macht", Gastspiel Theater Artaud. Im SO 36, Oranienstr. 190

Donnerstag, 8. 11.

18.00 Feministische Debatte. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Philosophien und Theorien feministischer Themen innerhalb einer kontinuierlich arbeitenden Gruppe. Erstes Treffen! Im El Locco

19.00 "Der moderne Antikommunismus der Radikalen Linken", Stolz präsentiert vom MLSV (Marxistisch Leninistischer Schüler/Studentenverband). im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

20.30 Mal sehen was draus wird. 25 min., 1990 DDR-Dorf um die Zeit der ersten "freien" Wahlen.

Wir wollen Gerechtigkeit. 30 min., 1990. Porträt eines Menschen, dessen 40-jähriger Glaube an seine Ideale plötzlich in Frage gestellt wird.

Milch und Zigaretten. 12 min., 1990 Anja aus Potsdam - eine Wende. Portrait einer Frau, die sich den übliche Klischees nicht anpasst. Im Kino im K.O.B, Potsdamer Str. 159

22.30 Image und Umsatz oder wie kann man einen Schuh darstellen? 56 min., 1989. Im Kino im K.O.B, Potsdamer Str. 159

Freitag, 9. 11.

17.00 Mahnwache "Kein Vergeben - Kein Vergessen" am Denkmal auf der Putlitzbrücke. Anschließend Kiezpalaver Wedding: Konsequenzen aus dem Verschwinden der DDR. Im Stadtteilladen Rat und Tat, Liebenwalder Str. 16

18.00 - So. 11. 11. ,16.00 Wochenendseminar: **"Entwicklungsperspektiven"** mit Johannes Agnoli, Joachim Borner, Gerburg Treusch-Dieter, Carlos Pareja und Klaus Roth. Im Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e. V. in der Zeughofstr. 20. Bitte vorher anmelden. Tel.: 612 60 74/75

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

Samstag, 10. 11.

11.00 DEmonstration: "Lieber raus auf die Straße, als Heim ins Reich", Viehoferplatz Essen !!

11.00 Feministischer Inhalt des El Locco. Gestaltung eines feministischen Inhaltes und Ausdruckes innerhalb des Konzepts der El Locco Gruppe. Im El Locco

jeden Samstag

16.00 Frauencafé im Kiez mit Kinderbetreuung im Stadteilladen Lunte, Weisestr. 53

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (West) 692 15 99.

16.00 - 19.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12

Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 11. 11.

11.00 (alle 14 Tage) **Treffen zum Aufbau einer anarchistischen Vernetzung in Berlin.**

18.00 Vorbereitungstreffen für eine schwule, autonome Vollversammlung.
Im SchwuZ, Hasenheide 54

18.00 Diskussion zum Thema: **(K)eine Stimme für die Reichtagswahlen?** Im Linkstreff Wedding, Weddingstr. 6

jeden Sonntag

13.00 Treffen für Neuköllner Frauen/Lesben gegen Anmache, Angriffe, Vergewaltigung... Nur jeden ersten Sonntag im Monat. In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

Montag, 12. 11.

19.00 Eröffnungsvokü im Infocafé Lichtschranke, Nostitzstr. 49, dann jeden Montag.

19.00 Treffen für alle, die am 15. 11. zum Irenprozeß wollen. (An diesem Tag kommt ein hoher RUC-Bulle). Im Blauen Salon, Mehringhof

20.00 "Man müßte doch was tun..." Ein Video über das Leben von Maria Fensky, die bereits in der Weimarer Republik aktiv war, gegen den Faschismus kämpfte und auch in der Adenauer-Ära nicht aufgab. In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

2.02 Keine Räumung für Alle - Keine Verträge für Niemand !
Squatter's Karneval
ab Bahnhof Friedriechstr.

jeden Montag

Redaktionschluß für den Terminkalender und auch für den Rest der Zeitung. Wenn ihr Glück habt schauen wir auch Dienstag nochmal in den Briefkasten. Aber bitte verlaßt euch nicht darauf.

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53 geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte.

19.00 Volksküche im Infocafé Lichtschranke, Nostitzstr. 49

20.00 - 22.00 Infotelefon bei faschistischen, rassistichen oder sexistichen Überfällen auf Frauen, Lesben und Mädchen **65 20 74**

Dienstag, 13. 11.

20.30 Reisen ins Peugeotland, 52 min., 1990. Was ist aus den ArbeiterInnen geworden? Wer sind sie? Welche Zukunft haben sie? Am Fall Peugeot, der im Osten Frankreichs spielt, will dieser Film diese Fragen erneut stellen. Ausgehend von den Berichten verschiedener Personen dieser "ArbeiterInnenklasse", die von der kapitalistischen Umstrukturierng betroffen ist. FacharbeiterInnen, ArbeiterInnen, ImmigrantInnen, ArbeiterInnen mit Zeitverträgen. - Dieser Film stellt starke Persönlichkeiten (nur männliche, der ätzer) in den Vordergrund, die mit ihrer persönlichen Entwicklung Vergangenheit und Gegenwart miteinander verbinden. Wer ist diese in den 60ger Jahren mystifizierte "ArbeiterInnenklasse" gewesen und was ist aus ihr geworden, bevor sie in den 80er Jahren in die Krise der Vergessenheit geriet?

La rage ou le foulard - Die Wut oder der Schleier 18min. 1990 Chafika hat die ständige Gewalt gegen Frauen in Algerien nicht mehr ausgehalten und ging nach Frankreich. Doch als ihre studierende Schwester Nassima beschloss den "Hidjeb" zu tragen kehrt sie zurück um Nassima von ihrem Irrtum zu überzeugen. Es entsteht ein hartnäckiger Dialog. Gegen die Meinung ihrer Schwester und die ihres Vaters bleibt Nassim dabei ihrer Entscheidung. Paradoxerweise drückt sie so innerhalb des Islam einen tiefen Widerstand gegen die aktuelle Situation der Frau aus. Im Kino im K.O.B, Potsdamer Str. 159

Die schwarze Schnur Dieser Film erzählt die Geschichte einer Frau, die unter der Herrschaft der Islamischen Republik zerbrochen und unterdrückt worden ist. Die psychischen Wunden brechen manchmal auf. Sie verursachen eine tiefe Depression und eine Kälte, die aus der Machtlosigkeit resultiert. Die Schwarze Schnur wird als Mittel der Verachtung der Frau in der islamischen Gesellschaft benutzt.

22.30 TV-Stop Dänemark - Legale Piraterie. 45 min, 1990 TV-Stop ist eine nichtkommerzielle Fernsehstation in Kopenhagen mit internationalen Perspektiven und befindet sich auf der Suche nach Kooperation mit Gruppen aus ganz Europa.

Alles Volksverhetzung. 30 min, 1990 Ein Politiker produziert zusammen mit einem Werbe- und Computerprofi einen Wahlwerbespot für seine Partei. Es geht um das Thema "Ausländer in Deutschland" Bild-/Tonmaterial aus Kino und Fernsehen werden aus Schlagworten wie "Ausländerflut", Heimat/Idendität, Deutsche" zusammengestellt. Als Folge der Montagemanipulation moniert ein eingebauter Moralchip in der Datenbank jedoch schließlich den Tatbestand der Volksverhetzung und schaltet das System ab. Im K.O.B

jeden Dienstag

18.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) 229 29 12
Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: **692 22 22** im Mehringhof

20.05 RoZ, Radio ohne Zensur, alle 14 Tage auf 103,4 MHz

Mittwoch, 14. 11.

20.30 Borinage das verratene Land 60 min, 1988. Film über die klassische Industrielandschaft Borinage im Süden Belgiens, von der kaum etwas übrigblieb. Im K.O.B.

22.30 Por centesima vez - Zum Hundertsten Mal. 79 min. 1990 Zwei Jahre lang filmen die Viedeomacherinnen Momente, Bruchstücke aus dem Leben von Fünf Frauen, die am Rand einer Schlafstadt nahe der Hauptstadt Montevideo, Uruguay, leben. Im K.O.B.

jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00 - 19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

Donnerstag 15. 11.

20.00 Frauenabend im Syndikat, Weisestr. 56

20.30 + 22.30 Hammer und Meissel 12 min, 1990. Am Anfang Januar, als die Freizeitbeschäftigung der Mauerklopfer ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte, "patrouillierten" die Filmemachen mit ihren Video-8 Kameras an der Mauer entlang. Sie bemühten sich, unverfängliche Fragen zu stellen und bekamen verfängliche und bezeichnende Antworten

Too much trouble - Billy Graham live at the Reichstag. 10 min., 1990.

Alles wandelt sich. 3 min., 1990 Anti-Wiedervereinigungs-Rap, Wolfgang Neuss liest Berthold Brecht über die Bilder.

Guten Abend Berlin. 2 min., 1989. Abendschau-Trash

Woman and Butcher. 3 min., 1989. Der ewig währende Kampf zwischen Mann und Frau.... (um die Bettdecke...)

und noch 4 weitere Kurzfilme Ich habe aber keine Lust mehr zu tippen. Laßt euch überraschen. Im Kino im K.O.B, Potsdamer Str. 159

Fr. 16. 11.

18.00 erstes Treffen zu einem **neuen inhaltlichen Konzept des anarchistischen Projekts "El Locco"**. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43

Es gibt viele Arten, eine Wohnung zu suchen

* Hast Du Geld, kaufst Du Dir EIN Haus

Sonst:

* Fälsche eine hohe Verdienstbescheinigung
* Putz Dich heraus und küsse dem Vermieter die Füße
* Reihe Dich ein in die Schlange vor "Morgenpost" und "Zweite Hand". Nur Mut, eine/r wird gewinnen!!
* Besteche deinen Vermieter
* Besorge dir einen Wohnberechtigungsschein und warte...

Wozu???

In Ostberlin stehen schon lange Häuser leer. Viele davon wurden bereits besetzt; von Menschen, die kollektiv leben, arbeiten und Politik machen wollen. Andere Häuser warten noch auf BesetzerInnen, auf Dich und Dich!
Und weil mensch ein Haus schlecht alleine besetzen kann, gibt es einen Treffpunkt für interessierte Menschen:

Jeden Donnerstag, 20 Uhr, im Café in der Rigaer Straße 78, Ostberlin

FRAUENABEND

Wir versprechen nichts. Aber das halten wir auch!



DO. 15. 11. 20⁰⁰

Präsentation begabter Bekannter

einmalig · einmalig · einmalig · einmalig · einmalig · einmalig · einmalig · einmal

Sensationelle Gelegenheit für unentdeckte Talente!!!!

Wagt den ersten Schritt in die Öffentlichkeit!

Schließt Euch zusammen!
Bildet Ketten!



Ist das Talent schon ruiniert,
dann spiele Sie doch ungeniert!
Mit Karten kann frau nicht nur spielen,
sondern auch in die Zukunft schielen!
Mehr wird nicht verraten —
nur: daß wir Euch erwarten!



im SYNDIKAT
Weisestr. 56 1/44
U-Boddinstraße